neue kritik

Dezember 1965 D 7739 F

33

Helmut Schauer Kernpunkte der Diskussion im SDS | Ulrich K. Preuß Verfassung und Parteienentwicklung | Claus Rolshausen Zur Theorie industrieller Entwicklungszentren bei F. Perroux | Gerhard Leithäuser Aspekte der Abrüstung | Ursula Schmiederer Spätkapitalismus und Rüstungswirtschaft

Inhaltsverzeichnis

Reiner Diederich	3	Die französischen Präsidentschaftswahlen
Helmut Schauer	4	Einige Kernpunkte der aktuellen Diskussion im SDS
Ulrich K. Preuß	13	Verfassung und Parteienentwicklung
Claus Rolshausen	19	Zur Theorie industrieller Entwicklungszentren bei François Perroux
Gerhard Leithäuser	25	Aspekte der wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung
Ursula Schmiederer	28	Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus
Reinhard Hoffmann	31	Eine Welt oder keine?
X. R.	32	Zeitschriftenhinweise
K. M.	34	Bürokraten ohne Apparat

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 33, dezember 1965, 6. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.

nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.

neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: reiner diederich, karin monte, xenia rajewsky, ulrich rödel, claus rolshausen, eckart teschner, gunter wegeleben (verantwortlich)
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin,
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt, wilhelm-hauff-str. 5,
tel. 77 64 22

neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar, april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich eines heftes in doppeltem umfang.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / hfl 1,50. plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.

postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik
551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank.
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh.
umschlagentwurf: maria fraxedas.

An den Leser

In seinem Beitrag versucht der Bundesvorsitzende Helmut Schauer die Möglichkeiten sozialistischer Politik des SDS und des Sozialistischen Bundes mit der Analyse politischer Öffentlichkeit zu vermitteln.

Eine über den SDS hinausreichende Diskussion sozialistischer Politik könnte demnach den sektiererischen Charakter des gegenwärtigen deutschen Sozialismus verlieren, wenn sie wie die Diskussion der gesamten westeuropäischen Arbeiterbewegung von Problemen der Vermittlung von Sozialreform und -revolution ausginge. Die Diskussion über Strukturreformen des Kapitalismus kann zureichend wiederum nur im Zusammenhang einer Imperialismustheorie geführt werden.

Der Entwurf des BV zu einem Programm des SDS, der auf der 20. Delegiertenkonferenz im Oktober vorgelegt wurde, versucht Ansätze zu einer solchen Analyse zu entfalten. Zusammen mit dem thematisch darauf bezogenen DK-Referat von Michael Vester wird er im Februarheft der nk erscheinen.

Anlaß für den Artikel von Ulrich K. Preuß, der inhaltlich mit dem Gegenstand eines SDS-Arbeitskreises zusammenhängt, ist der Entwurf für ein Gesetz über die politischen Parteien. Er bemüht sich darin um die Klärung der verfassungsrechtlichen Implikationen des Funktionswandels der Parteien. Die Legitimität der Parteien besteht darin, Agenten der Gesellschaft zu sein und nicht als Staatsorgane neben die schon vorhandenen zu treten: Politische Willensbildung in den Staatsorganen ist nicht eo ipso Ausdruck des politischen Willens der Wähler. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt der Verfassungsauftrag der innerparteilichen Demokratie neue Aktualität. Die Redaktion beabsichtigt, dieses Thema mit einem Beitrag aus der politischen Soziologie weiterzuverfolgen.

Claus Rolshausen entwickelt in seinem Beitrag „Zur Theorie industrieller Entwicklungszentren bei François Perroux" dessen Grundhypothesen der internationalen ökonomischen und politischen Entwicklung. An der Konzeption der „Wirtschaft des Menschen" verdeutlicht der Verfasser die Schwächen der technologisch orientierten Fragestellung Perroux's.

Die Beiträge von Gerhard Leithäuser und Ursula Schmiederer beschäftigen sich mit neueren Überlegungen zu wirtschaftlichen Problemen der Abrüstung. G. L. berichtet von der Osloer Tagung führender Wirtschaftswissenschaftler über dieses Thema; U. S. bespricht das Buch von Fritz Vilmar zum gleichen Komplex. Wir erinnern an die Abrüstungsstudie, an der unter U. S.'s Leitung im SDS gearbeitet wird, und empfehlen diese beiden Berichte im Zusammenhang mit der Übersicht über Perroux's Konzeption der besonderen Aufmerksamkeit unserer Leser.

Die französischen Präsidentschaftswahlen

Die Präsidentschaftswahlen haben de Gaulle zu einem zweiten Wahlgang gezwungen, den er dann, seine Verdienste um die französischen Autobahnen und Telefonanschlüsse herausstreichend, relativ sicher mit 55 Prozent aller Stimmen gewann. Als die Wochenzeitung L'Express vor zwei Jahren die Suche nach einem als Monsieur X titulierten Kandidaten der Linken eröffnete, als die Bemühungen des Marseiller Bürgermeisters Defferre um eine Wahlkoalition mit der bürgerlichen Mitte fehlgeschlagen waren, und auch noch als mit François Mitterrand ein wegen seiner Haltung während des Algerienkrieges (damals Minister in mehreren Kabinetten) umstrittener Kandidat gefunden war, hätte niemand dieses Ergebnis erwartet. Die Fernsehauftritte der Gegner de Gaulles mußten zur Erklärung herhalten, doch läßt eine Umfrage die Wahlmotive schon etwas präziser erscheinen; danach haben die meisten de Gaulle gewählt, „weil er am besten Frankreich repräsentiert" und „um eine Rückkehr zum alten Parteiengezänk zu verhindern". Die meisten Wähler Mitterrands sahen in ihm den „Kandidaten der Linken" (besonders Männer über 45 Jahre), den „wahren Demokraten" (mehr Männer als Frauen), den Mann sozialer Reformen (mehr Frauen als Männer). Die Rechnung mit dem Fernsehlächeln ist nur für den christlich-demokratischen Kandidaten Lecanuet im ersten Wahlgang aufgegangen, der de Gaulle die entscheidenden Stimmen wegnahm, aber seine Wähler auch durch sein indirektes Votieren für Mitterrand beim zweiten Wahlgang nicht gegen de Gaulle mobilisieren konnte.

Oft ist in den Kommentaren der traditionelle Gegensatz der ärmeren Midi-Regionen zum industrialisierten Norden erwähnt worden, der für de Gaulle gestimmt habe. Michel Bosquet hat diese Interpretation im Nouvel Observateur (Nr. 59, 1965) anhand von Zahlen widerlegt. Je drei Departements mit hohem Lebensstandard fielen an die beiden Hauptkandidaten. Auch im gaullistischen Norden gibt es unterentwickelte Gebiete mit einem hohen Arbeitskräfteüberschuß. Wenn die Wahl vom Lebensstandard abhängig gewesen wäre, hätte de Gaulle nur die Region um Paris gewinnen können. „Die bemerkenswerte Tatsache ist, daß der Kandidat der Linken überall dort gesiegt oder den Sieg knapp verfehlt hat, wo die Arbeiterbewegung, ohne numerisch stärker als anderswo zu sein, für die Vollbeschäftigung, für regionale Entwicklungspläne, für Umsetzung und Aufbau von Industrien gekämpft hat und dabei Vorschläge machte, die momentan auch andere soziale Gruppen wie die Lehrer, die Angestellten, Beamten und Bauern in die Auseinandersetzung hineingezogen."

Mitterrand zielte mit seiner Argumentation im Wahlkampf auf die „persönliche Macht" de Gaulles. Er stellte sich selbst als „Ausdruck einer historischen Situation" hin, der Einigkeit der Linken, die seit der Volksfrontregierung Léon Blums (1936) und den Nachkriegsregierungen (1944—47) nicht mehr bestanden habe. Er erkannte einige Elemente der gaullistischen Außenpolitik als richtig an, sprach sich trotzdem aber nur undeutlich gegen die amerikanische Intervention in Vietnam aus. In der Europapolitik vertrat er den Standpunkt, daß die abgeschlossenen Verträge eingehalten werden müßten, daß man dem „Europa der Monopole und Technokraten" ein frei gewähltes entgegensetzen müsse, ein Europa der Koexistenz, daß die Bundesrepublik binden und an nationalistischen Abenteuern hindern könne. Mitterrand lehnte die Force de frappe als nutzlos ab und forderte statt dessen ein größeres Budget für das Bildungswesen, eine gerechtere Einkommensverteilung und wirtschaftliche Strukturreformen. Er kündigte an, daß er nach der Wahl die Nationalversammlung auflösen werde, um einem auf lange Sicht abgeschlossenen „contrat de majorité" der linken Parteien die Chance zu geben, eine Parlamentsmehrheit zu finden. Mitterrands Programm blieb insgesamt so offen wie seine Beschreibung der „neuen Linken": „Die moderne Linke, das bedeutet einfach, daß man mit den Mitteln der Wissenschaft über Technik und Statistik Bescheid weiß, daß man erkannt hat, wie die Welt in zehn Jahren aussehen wird" (Le Monde, 24. Nov. 1965).

Die Wahlunterstützung der KPF erhielt Mitterrand ohne offizielle Verhandlungen. Defferre war daran gescheitert, daß er die von politischen Intrigen und persönlichen Machtstellungen beherrschten Parteiapparate schon vor der Wahl föderieren wollte. Mitterrands taktischer Zug, die „Verantwortlichkeit" der einzelnen Parteien (P.C., P.S.U., S.F.I.O., Radikalsozialisten) nicht in Frage zu stellen, provozierte die Kritik linksunabhängiger Intellektueller wie Jean Cau, der allerdings in einer nicht einsichtigen Volte vorschlug, de Gaulle wiederzuwählen, damit sich die Linke erst einmal von Figuren wie Guy Mollet (ausgerechnet er huldigte dem Geist der Volksfront) und von dem übrigen Erbe der IV. Republik befreien könnte. Auch Sartre zögerte bis zuletzt, seine Stimme öffentlich dem Kandidaten der Linken zu geben. Für die KPF war die bedingungslose Unterstützung Mitterrands ein Versuch, aus der Isolierung herauszukommen. Sie machte dafür einige Konzessionen; zum Beispiel erklärte sie sich für eine Mitarbeit der demokratischen und gewerkschaftlichen Kräfte an den nun einmal bestehenden europäischen Institutionen. Der Generalsekretär der Partei, Waldeck-Rochet, schrieb in Le Monde: „In dem neuen demokratischen Regime, das das gegenwärtige System persönlicher Macht ablösen soll, muß sich die Stabilität der Regierung aus einer soliden und kohärenten Mehrheit ergeben, die auf der Verständigung aller demo-

kratischen Parteien und Organisationen in einem gemeinsamen Programm beruht" (14./15. Nov. 1965).
Als nach dem ersten Wahlgang sich im Lager Mitterrands auch Tixier-Vignancour und Lecanuet einfanden, er also zum Kandidaten aller Gegner de Gaulles und europafreundlicher Teile der Industrie, der Administration geworden war (selbst auf dem Staatssekretärsniveau heimste er Stimmen ein), verschlechterte sich sein Verhältnis zur Kommunistischen Partei. De Gaulle bekam beim zweiten Wahlgang mehr kommunistische Stimmen als beim ersten. Waldeck-Rochet erklärte kurz vor dem 19. Dezember, daß die Frage einer Beteiligung der KPF an einer demokratischen Mehrheitsregierung keineswegs entschieden sei. Diejenigen schienen recht zu behalten, die für den Fall eines Wahlsiegs vorausgesagt hatten, daß Mitterrand sich, gedrängt von Mollet und der sozialdemokratischen Richtung, eher mit den bürgerlichen Parteien verständigen würde.

Der Wahlausgang hat außer einer Kabinettsumbildung keine unmittelbaren Folgen gehabt, aber er eröffnet den linken Parteien eine gute Perspektive für die Parlamentswahlen von 1967, sofern sie nicht auf ihre alten Taktiken zurückfallen. Wieweit Mitterrands „demokratische und sozialistische Föderation", ein lockerer Zusammenschluß von Parteien und Clubs, geeignet sein wird, das zu verhindern, ist schwer abzuschätzen. Innerhalb der S.F.I.O. ist die Gruppe um Deferre jetzt zum Kampf gegen Mollet angetreten. Bei einer Nachwahl zur Nationalversammlung haben Sozialdemokraten (S.F.I.O.) und Kommunisten wieder je einen Zählkandidaten aufgestellt. Aus deutscher Sicht nehmen sich die französischen Präsidentschaftswahlen dennoch wie eine Lektion in demokratischer Öffentlichkeit aus.

Reiner Diederich

Einige Kernpunkte der aktuellen Diskussion im SDS

Helmut Schauer

In der jüngsten Vergangenheit sind im SDS verschiedene Diskussionen mit so viel Schärfe und Verbindlichkeit, von derart verfestigten Positionen aus geführt worden, wie es ihren Gegenständen kaum adäquat gewesen ist. Der so zutage tretende irrationale, psychologische Überschuß darf nicht als unvermeidbarer Rest ohne politische Voraussetzung und Bedeutung abgetan werden. Vielmehr wird der SDS sich zum Verständnis seiner Probleme nur hinaufarbeiten können, wenn er das scheinbar irrational-psychologische Beiwerk als inhaltlich, als politisch begründet begreift.

I

Seitdem durch die endgültige Integration der SPD auch noch die Andeutungen sozialistischer Kritik am bundesrepublikanischen Kapitalismus aus der täglichen politischen Auseinandersetzung weitgehend verschwunden sind, erscheint das System gleichsam als fugenlos integrales Ganzes. Seine Stabilität und Objektivität werden so übermächtig, daß noch ihre ideelle Vergegenständlichung, die strenge, kritische Analyse dieser Objektivität unerträglich scheint und die Tendenz entsteht, die Theorie zugunsten eines Systems von Handlungsanweisungen zu vernachlässigen.
Es gelingt dann oft kaum noch, über den privaten, in sich meist schon resignierend-angepaßten Protest hinauszukommen; das gilt auch für alle diejenigen Handlungssysteme, die ihre Voraussetzungen nicht in historisch-politischer Analyse geklärt haben. Diese Probleme waren der alten Arbeiterbewegung in ihrer frühen Phase bekannt: In den Auseinandersetzungen zwischen dem Marx-Engelsschen Generalrat der 1. Internationale und der Bakuninschen „Allianz der sozialistischen Demokratie" sowie dem gemäßigteren Proudhonschen Anarchismus haben sie ihren historischen Ausdruck gefunden.

Die sich entwickelnde politische Arbeiterbewegung hatte dann den Schleier der Beständigkeit des Kapitalismus zerrissen, dessen Widersprüche in das Bewußtsein der Arbeiterklassen gehoben — dadurch stabilisiert und im Kampf um die Eroberung der politischen Macht die Möglichkeit gezeigt, diese Widersprüche revolutionär zu überwinden. Die Solidarität der Genossen untereinander und die vielfältigen kulturellen, ökonomischen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung hatten zugleich zwischen Privatheit und politischer Öffentlichkeit vermittelt, wodurch dem einzelnen das Verständnis des Klassenkampfes als eines politischen überhaupt erst ermöglicht wurde, die Emanzipationsbestrebungen ihren anarchistischen Charakter abstreiften und die Arbeiterklasse ihre eigene innere, von der kapitalistischen Gesellschaft übernommene Zerrissenheit im politischen Kampf überwinden konnte.

Angesichts des Fehlens einer funktionierenden Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und der Schwäche ihrer Überreste ist der einzelne dem wachsenden Druck des Systems politisch und psychologisch um so erbarmungsloser preisgegeben, als gerade die psychischen Versagungen und die diesen zugrunde liegenden Widersprüche sich im Spätkapitalismus verschärfen. Das macht es nicht leichter, die Kritik am System politisch auszuarbeiten.

Auch der SDS hat Elemente der Vermittlung von Privatheit und Öffentlichkeit weitgehend in sich ausgebildet. Sie gehören zu den entscheidenden Voraussetzungen seiner Arbeit und Existenz, zumal mit dem Verfall der Privatsphäre auch Elemente derselben im Zusammenhang und Rahmen der Organisation erst wieder aufgebaut und rekonstruiert werden müssen, damit der Widerstand gegen das System zum rationalen, politischen Verständnis seiner selbst gelangen kann. Insofern ist der SDS die gegenständliche Kritik der jetzt an immer mehr Universitäten eröffneten psychoanalytischen Beratungsstellen, weil er durch die Übernahme ähnlicher Funktionen in die politische Organisation des Klassenkampfes zugleich klarmacht, daß die psychologischen Entfremdungsphänomene nicht durch individuell-reformistische Therapie, sondern letztlich nur durch die bewußte Veränderung der Gesellschaft überwunden werden können. Andererseits bewirkt das Wachstum des Verbandes unvermeidlich eine Verfestigung und Formalisierung seiner Organisationsstruktur, durch die nur dann der Zusammenhang des Verbandes und der Gruppe nicht gefährlich gelockert wird, wenn die damit verbundenen Probleme bewußt und rational behandelt werden. Die Gruppen werden das wachsende Interesse am SDS nur dann in politische Kraft umsetzen können, wenn sie in Arbeitsgruppen und -kreisen, die der Rezeption und Entwicklung sozialistischer Theorie dienen, gleichzeitig Organisationsformen finden, die den privaten Zusammenhang der Genossen mit in sich aufnehmen. Nicht weniger entscheidend wird es sein, ob es gelingt, das Zusammenwirken des gesamten Verbandes durch Seminare, bessere Information, Diskussion und Kooperation zu fördern. Auch der „neuen kritik" kommt dabei eine wesentliche Bedeutung zu. Die von der Entwicklung des Verbandes geforderten Veränderungen der realen Struktur aller dieser Elemente werden, behutsam und von bewußtem Verständnis des gesamten Verbandes getragen, entwickelt werden müssen.

Sowenig aber die Organisationsfragen bloß technische sind, so wenig lassen sie und die Probleme des Verbandes sich nur formal und organisatorisch begreifen und bewältigen. Der SDS muß sich auch konkret als Vermittlungsinstanz auf eine inhaltlich bestimmte politische Öffentlichkeit verstehen. Aus deren Analyse ergibt sich erst ein Begriff der Lage und der Möglichkeiten des SDS als eines Kristallisationskernes sozialistischer Politik.

II

Die Position der Sozialisten in der Bundesrepublik hat sich in den letzten beiden Jahren insbesondere in zwei wesentlichen Punkten verändert.

Die positive innere Entwicklung der osteuropäischen Länder, verbunden mit der Verlagerung der entscheidenden weltpolitischen Auseinandersetzungen in die Emanzipationskämpfe der exkolonialen Länder im Zeichen des atomaren Patts der beiden industrialisierten Großmächte und die sich daraus ergebenden Veränderungen in der politischen Situation Europas, haben auch in der Bundesrepublik den antikommunistischen Druck etwas abgeschwächt und partiell zur Differenzierung von dessen Ideologie geführt. Obwohl die Oppositionellen zu schwach waren, um ihre, die außenpolitische Entwicklung berücksichtigenden Positionen, als Alternative zur Politik der Bundesregierung wirkungsvoll vorzustellen, konnten sie doch — wenn auch nur in geringem Maße — aufklärend wirken, zumal sich die herrschenden Politiker auf ihre Kalte-Kriegs-Politik um so sturer versteiften, je mehr diese sich als irreal erweist und selbst der Wunsch eines Teils der Großindustrie nach erneuter Forcierung ihrer — traditionellen — Wirtschaftsinteressen in Osteuropa bis heute kaum mehr als stilistische Korrekturen an der bundesrepublikanischen Ostpolitik erreichen konnte.

An dieser Kontroverse nahm auch der SDS insofern teil, als er mit seinen Kontakten zu osteuropäischen Studentenorganisationen, insbesondere zur FDJ, Modelle einer sozialistischen Ost- und Deutschlandpolitik genau und konsequent vorstellte. Das hat aber nicht nur die Position des SDS an den Hochschulen und darüber hinaus verbessert; im Zusammenhang dieser Entwicklung hat sich auch die politische Konstellation innerhalb des Verbandes einschneidend verändert. Waren die Auseinandersetzungen und Diskussionen im SDS seit Jahren bestimmt vom unmittelbaren politischen Verhältnis zur DDR und den anderen kommunistischen Ländern, so hat sich jetzt eine Differenzierung durchgesetzt, auf Grund derer diese Beziehungen auf der 20. Delegiertenkonferenz zur Randfrage werden konnten. Einerseits zeigt sich, daß die von der allgemeinen Entwicklung bewirkten Veränderungen in den kommunistischen Parteien Westeuropas — auch die dort zu beobachtende Tendenz zur Auflösung dogmatischer Verfestigungen — vor vergleichbaren Kräften in der Bundesrepublik auf die Dauer nicht haltmachen, andererseits ist es gelungen, im SDS praktische Positionen von einiger Tragfähigkeit zu entwickeln, die vom gesamten Verband akzeptiert werden. Obgleich die Beurteilung der inneren Verhältnisse der sozialistischen Länder nach wie vor außerordentlich unterschiedlich ist, könnte diese Veränderung sich dennoch als sehr bedeutsam erweisen, da ja die jeweilige Einschätzung

der Sowjetunion jahrzehntelang die Gretchenfrage der deutschen Sozialisten war.

Die Position des SDS hat sich in einer zweiten für ihn wesentlichen Beziehung gewandelt. Spätestens nach der Bundestagswahl erscheint der Verband und seine Freunde, wenn auch nur einem nach wie vor bescheidenen Kreis, weniger als Gruppe radikaler Scharfmacher, denn als diejenigen, die gegen die Entwicklung der SPD rechtbehalten haben. Nicht zufällig wurde in der Diskussion des Wahlergebnisses in der SPD immer wieder die Politik des Parteivorstandes gegenüber Intellektuellen und Studenten und damit der Unvereinbarkeitsbeschluß kritisiert. Der SDS begrüßt es, wenn dieser Beschluß auch nach vier Jahren, noch immer nicht die ungeteilte Zustimmung der Partei findet. Die aus ihm der SPD entstehenden Nachteile haben die Ausgeschlossenen vor vier Jahren schon alle dargelegt, und die SPD kann den Anspruch auf innerparteiliche Demokratie so lange keinesfalls unangefochten erheben, solange sie sich mit diesem Beschluß selber desavouiert.

Aber selbst wenn diese Schranke verschwände, würde davon das Verhältnis des SDS zur SPD nur am Rande berührt und keinesfalls entscheidend verändert. Auch dann blieben die Analysen richtig, die die Partei als Integrationsinstrument des Neokapitalismus entlarvt und damit einen wesentlichen Gegensatz zu jeder sozialistischen Politik festgestellt haben. Es gibt keinerlei Anzeichen, die die Reform der Partei an Haupt und Gliedern erwarten ließen, aus der sie als progressive, kritisches Bewußtsein fördernde Partei überhaupt erst wieder hervorgehen könnte. Sie ist mit dem herrschenden Staatsapparat fest verbunden und identifiziert sich mit ihm. (Basso, nk 29.) Daran hat auch die nach den Wahlen in der Partei formulierte Kritik nichts Wesentliches geändert. Zwar hat das Wahlergebnis nicht ausgereicht, die ersehnte große Koalition zu erzwingen. Die Parteiführung hält aber ganz offenbar an diesem Ziel fest und bestimmt inzwischen ihr Verhältnis zu den Regierungsparteien und deren Repräsentanten nach deren Geneigtheit zur Großen Koalition.

Freilich wird die Partei auch unter diesen Verhältnissen kritischen Strömungen unter ihren größtenteils aus den Arbeiterklassen stammenden Wählern Rechnung tragen müssen, so wie das in bestimmter Weise vor der Wahl mit der Grundgesetzänderung, besonders aber in der „SPIEGEL"-Affäre der Fall war.

In jedem Falle hat sich aber gezeigt, daß die Parteiführung in erster Linie auf Druck von außen und nicht von innen zurückweichen oder reagieren mußte.

Zwar werden innerhalb der Partei immer wieder Gegen-Positionen formuliert — die allerdings den zunehmenden Verlust kritischen Bewußtseins in der Partei ebenfalls widerspiegeln.

Je weiter sich die Partei jedoch selber in das neokapitalistische System eingliedert, desto mehr scheint sie an eigener Integrationsfähigkeit zu verlieren. Sie bleibt zwar in der Bundesrepublik die von den Kernschichten der Arbeiterklassen gewählte Partei, hat aber auf deren Bewußtsein und politische Auffassungen immer weniger direkten, selbständigen Einfluß. Der SDS hat ja seine Politik in den letzten Jahren nicht zuletzt deshalb an den kritischen Tendenzen innerhalb der Gewerkschaften orientiert, weil diese auf Grund ihrer Aufgaben sehr viel enger an die konkreten Lebensinteressen der Arbeiterklassen und deren Äußerungen gebunden sind.

Die in den letzten Monaten gelegentlich erhobene Forderung nach einem Arbeitnehmerflügel in der SPD könnte nun leicht zu Illusionen führen. Für die Hoffnung auf Entwicklung einer parteiinternen Opposition, die Aussicht hätte — gestützt auf innerparteiliche Diskussion und Öffentlichkeit —, den politischen Kurs der Partei wesentlich zu verändern, gibt es keinerlei Anzeichen: Die Stimmen, die sich nach der Wahl in der Partei kritisch zu Wort gemeldet haben, sind eher noch schwächer geworden, als sie das früher schon waren.

Ein über Parteivorstände und Ausschüsse institutionalisierter Arbeitnehmerflügel in der SPD würde aber am Ende die Gewerkschaften eher an die SPD binden, weil Differenzen nicht mehr zwischen Partei und Gewerkschaften, sondern erst recht innerhalb der Partei und ihrer Vorstände ausgetragen würden. Aber es ist gerade die mehr organisatorisch gewendete Forderung nach einem Arbeitnehmerflügel in der Partei, die zugleich zeigt, wieweit die Partei sich von aktiver und konsequenter, politischer Interessenvertretung der Arbeiterklassen und deren progressiven Repräsentanten entfernt hat. Die in den nächsten Wochen zu erwartenden Lohn- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen werden das erneut zeigen.

Daraus ergibt sich eine wichtige Veränderung in der Position des SDS: Mit wachsender Distanz der kritischen Intellektuellen und Teile der Gewerkschaftler zur SPD verbessert sich ihr Verhältnis zur außerparlamentarischen Linken, und dem ausgeschlossenen Studentenverband und die Mitgliedschaft in der SPD wird mehr und mehr zur bloßen Formalität. War der SDS noch lange Zeit nach dem Unvereinbarkeitsbeschluß im Bewußtsein der Öffentlichkeit, aber auch seiner Freunde, der zwar rebellische, aber in irgendeiner Weise doch der Studentenverband der Sozialdemokratie, so wird er jetzt zur „einzigen funktionierenden sozialistischen Organisation".

So ist es nur ganz folgerichtig, wenn der Verband in dieser Situation endlich das Selbstbewußtsein findet, mit den Arbeiten für eine eigene sozialistische Programmerklärung zu beginnen. Er muß aber auch unmittelbar politische Konsequenzen aus dieser Situation ziehen und seinen Anspruch, an der Entwicklung sozialistischer Politik in der Bundesrepublik mitzuwirken, konkret realisieren.

III

Eine der sich abzeichnenden Möglichkeiten ist in der Geschichte des SDS bereits diskutiert worden und läßt sich aus dieser konzeptionell entwickeln.

Als mit der Spaltung des SDS, also dem Ausschluß DDR-orientierter Gruppen und der Gründung des von der Partei unterstützten SHB, mit der Distanzierung der SPD vom SDS und der daraufhin folgenden Sperrung der Bundesjugendplanmittel, die Trennung des Verbandes von der Partei sich ankündigte, mußte der SDS sein politisches Selbstverständnis neu formulieren. Die 15. o. DK 1960, die schon nach all diesen Vorgängen, aber vor dem Unvereinbarkeitsbeschluß, stattfand und bei der sich die dann für lange Zeit bestimmende Führungsgruppe des Verbandes vollends durchsetzte, erklärt noch, der SDS sehe sich nach wie vor als Glied der von der SPD geführten Arbeiterbewegung an. Der damalige Bundesvorsitzende äußerte gegenüber dem SPIEGEL, daß er „sich mit den Grundwerten der Sozialdemokratie solidarisch" erkläre, und wies an derselben Stelle auf einen Beschluß der 15. o. DK hin, „nach dem die SPD und die Gewerkschaften ständig über die Arbeit des SDS unterrichtet werden sollten. Nicht um damit finanzielle Unterstützung zu erreichen, sondern weil wir meinen, daß jede sozialistische Arbeit sinnlos würde, wenn sie sich von der Arbeiterbewegung isolierte. Das heißt jedoch auch, daß wir auf eine kritische Auseinandersetzung mit einigen Programmpunkten der SPD (z. B. Wehr- und Wirtschaftspolitik) nicht verzichten wollen und können". (Informationen 60, I, S. 4, Sperrungen v. Verf.) Nicht nur das Desinteresse des SPD-Vorstandes an den ihm zugedachten Informationen, sondern vor allem die nun einsetzende intensive theoretische Diskussion im Verband bereitete Positionen vor, die über die referierten hinausführten. In ausführlichen theoretisch-historischen Arbeiten wird nun das Verhältnis zur SPD und deren Entwicklung kritisch reflektiert, und der Verband bestimmt seine Politik näher: er orientiert sich auf die Gewerkschaften, den Ostermarsch und die Hochschule.

Als dann 1961 der Parteivorstand der SPD den Unvereinbarkeitsbeschluß gegen den SDS und die zu seiner finanziellen Unterstützung gegründete Förderergesellschaft faßt und damit die Trennung von SPD und SDS eine gewisse Endgültigkeit erhält, diskutieren der SDS und seine Freunde bereits über die „Neue Linke". Vom Führungsanspruch der SPD ist jetzt nicht mehr die Rede; die Linkssozialisten begreifen sich als politisch selbständig. Eberhard Dähne fordert: „Die Neue Linke muß ihre ganze Kraft einsetzen, um die bestehenden Organisationen der Arbeiterbewegung für den Kampf um die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie zu gewinnen." (neue kritik nr. 8, Nov. 61, S. 5.) Der Begriff der „Neuen Linken" bleibt allerdings widersprüchlich.

Während der 16. o. DK sagt Michael Schumann: „Wir haben immer betont, daß wir uns als einen Teil der internationalen Arbeiterbewegung betrachten, der an der Verwirklichung sozialistischer Forderungen mitwirken will. Das heißt für uns, daß wir an der ‚konkreten Utopie' festhalten, wie Ernst Bloch sie geprägt hat; an dem Ziel einer geeinten demokratischen Gesellschaft, in der die Menschen von privatwirtschaftlicher und bürokratischer Verfügung und Verplanung befreit sind. ... Wir müssen einen Weg finden, die veränderte gesellschaftliche Wirklichkeit in unser politisches Konzept aufzunehmen, ohne der Illusion einer krisenfesten und harmonischen Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu verfallen. In diesem Sinne fühlen wir uns der Bewegung zugehörig, die in England unter dem Namen ‚New Left' und in Frankreich als ‚Nouvelle Gauche' entstanden ist. Diese ‚Neue Linke', die sich heute in den westeuropäischen Ländern herausbildet, ist als selbständige Organisation nicht zu bestimmen. Sie ist in den Organisationen der Arbeiterbewegung, unter Akademikern und Studenten zu finden. Es ist deshalb gerechtfertigt, wenn wir sagen, daß auch der SDS zu dieser ‚Neuen Linken' gehört. Wir knüpfen an die große Tradition der sozialistischen Bewegung an und wenden uns gegen dogmatische Formeln, die als verbindliche Theorie der Gesellschaft ausgegeben werden.
Wir erkennen die Schwierigkeiten, denen die Organisationen der westdeutschen Arbeiterbewegung heute ausgesetzt sind: aber wir sehen auch die Gegenkräfte, die sie überwinden können, und sind überzeugt, daß in der Arbeiterbewegung erneut der Wille wachsen wird, für die sozialistische Alternative zur bestehenden Gesellschaftsordnung zu kämpfen." (neue kritik, nr. 8, Nov. 61, S. 5.)
Von vornherein bestimmt sich diese Position jetzt als gesamt-westeuropäisch. Aber es bleibt in dem von Schumann entwickelten Begriff eine wesentliche Abstraktion festzuhalten: die „Neue Linke" soll als selbständige Organisation nicht zu bestimmen sein, während sich doch nicht nur in den anderen westeuropäischen Ländern, sondern mit dem SDS und seiner Förderergesellschaft auch in der Bundesrepublik allerdings sehr verschiedenartige organisatorische Kristallisationskerne bereits gebildet hatten.
Zu dieser falschen Auffassung führte wohl die berechtigte Sorge, durch vorschnelle organisatorisch-politische Zusammenfassung sich noch weiter zu isolieren. So blieb der Begriff der „Neuen Linken" mehr ein Hinweis auf Tendenzen in anderen Ländern. Einerseits entfaltete man zunächst ausführlich die Kritik an der alten Arbeiterbewegung, ohne schon zu eigenen konkreten programmatischen Vorstellungen zu kommen; andererseits blieb auch die praktische Verbindlichkeit des Begriffs ungeklärt, wodurch er schließlich unpraktisch werden mußte.
Neben dieser Position gibt es freilich unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Organisationsfrage der „Neuen Linken", und Eberhard Dähne erklärt beispielsweise kurz

nach der 16. o. DK, die ihn zum Bundesvorsitzenden gewählt hatte: „Es wird auch an uns liegen, ob es gelingt, aus SDS und Förderergesellschaft im Rahmen der ‚Neuen Linken' ein theoretisches Zentrum zu schaffen, das einen Beitrag für eine neue wirksame Praxis der Arbeiterbewegung zu leisten vermag." (neue kritik, nr. 8, Nov. 61, S. 5.)
Gerade an diesem Punkt setzten nun aber Auseinandersetzungen ein, die solche Möglichkeiten verschütten mußten. Den Bedürfnissen einer Reihe von Genossen entsprechend, die eben aus der SPD ausgeschlossen worden waren und nun eine neue Möglichkeit politischer Aktivität suchten, wurde der in der Förderergesellschaft entstandene organisatorische Ansatz verstanden als unmittelbare Keimzelle einer sozialistischen Organisation, die die Aufgabe hätte — wie es in einem Aufruf des Bundeskuratoriums der Sozialistischen Förderergesellschaft zum Kölner Parteitag der SPD hieß — „... die zukunftsoffenen Gruppen in unserem Volk zu sammeln und im Bündnis mit den unverbrauchten Kräften einer neuen und vorwärts drängenden Generation eine neue politische Kraft zu schaffen, die die dunkle Hinterlassenschaft der deutschen Geschichte endlich durch die Verwirklichung einer menschenwürdigen Gesellschaft überwindet." (neue kritik, nr. 12, August 62, Seite 5.)
Daraufhin sah sich die 17. o. DK des SDS veranlaßt, zu erklären, „daß eine sozialistische Partei unter den gegebenen Umständen keine Aussicht auf Erfolg hat, und daß alle in diese Richtung gehenden Anstrengungen die augenblickliche Zersplitterung und Ohnmacht der linken Gruppierungen in der Bundesrepublik nicht überwinden, sondern fördern würden". (neue kritik, nr. 13, Nov. 62, S. 7.)
Im Anschluß an diese Delegiertenkonferenz fand die Versammlung der Sozialistischen Förderergesellschaft statt, in der sich die Mehrheit für einen kaum näher zu bestimmenden aktivistischen Kurs entschied und die Förderer-Gesellschaft zum „Sozialistischen Bund" erklärte.
Die praktischen Vorstellungen, die bis dahin etwa in dem Referat von Elisabeth Lenk über „Die sozialistische Theorie in der Arbeit des SDS" (nk 13, S. 7) ausgearbeitet und zu Beschlüssen der 17. o. DK geworden waren, wurden nun andererseits ganz auf den SDS zurückgenommen. Diether Sterzel hat in einem Beitrag in der nk nach der 17. o. DK die Umrisse eines sozialistischen Studienzentrums aus den Beschlüssen der Konferenz noch referiert (nk. 13, S. 6 f.). Aber diese Konzeption verstand sich im wesentlichen nur noch als solche des Studentenverbandes. Freilich hatte es in dem Beschluß der Delegiertenkonferenz, der alle auf eine sozialistische Partei zielenden Bestrebungen abgelehnt hatte, noch alternativ geheißen: „Der SDS fordert daher alle nichtkommunistischen sozialistischen Gruppen auf, sich informell zu Studien- und Aktionsgemeinschaften zusammenzuschließen und mit den Mitteln politischer Aufklärung und sinnvoller Aktionen das Bewußtsein der Möglichkeit und Notwendigkeit einer sozialistischen Veränderung der Gesellschaft in breitere Kreise zu tragen. Die organisatorische Unabhängigkeit des Verbandes und der Gruppen muß im Verhältnis zu diesen sozialistischen Gruppen in jedem Fall gewahrt bleiben." (nk 13, S. 7.) Aber diese Aufforderung blieb Deklamation.
Statt dessen wurde aus dem Sozialistischen Bund nun gerade das, was er nicht nur hatte sein wollen: fast ausschließlich eine Hilfsorganisation des SDS. Andererseits geriet aber auch im SDS ein Hinweis beinahe in Vergessenheit, den Dähne vor der 17. o. DK gegeben hatte:
„Als sozialistische Studenten müssen wir erkennen, daß es keine isolierten Probleme gibt, die nicht in den Zusammenhang von Überlegungen über den weiteren Weg sozialistischer Kräfte in der Bundesrepublik gehören. Diese immer wieder gestellte Aufgabe, in jeder Weise auf die Forderungen des Tages zu reagieren, ist das einzige Mittel, das uns heute vor Isolation und Sektiererdasein bewahrt." (nk 12, S. 6.)

IV

Der Rückzug des SDS auf seine Rolle als Studentenverband ist bis heute in einem Maße wirksam gewesen, daß die These Dähnes fast wahr geworden wäre. Es ist die sektiererische und sich selbst unbewußte Kritik an der strikten Beschränkung des SDS auf sich selbst als Studentenverband, wenn es im SDS zu solchen Forderungen wie der nach Aufnahme von Arbeitern kommt. Sie beweist, daß nicht deutlich geworden ist, in welcher Beziehung die strukturelle Beschränkung, der der SDS als Studentenverband tatsächlich unterliegt, zu seinem Anspruch steht auf Mitwirkung an der Entwicklung sozialistischer Politik. Die im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zur 20. o. DK vorgetragenen Feststellung, daß der SDS in allem, was er tut, nur so stark sein kann, wie er es an der Hochschule ist, bleibt nach wie vor richtig. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich nämlich gerade die Notwendigkeit einer strengen und genauen Vermittlung von Politik und Organisation. Diese aber kann weder abstrakt theoretisch noch durch formale, organisatorische Veränderungen vorgenommen werden: sie muß politisch begründet sein.
Der Rückzug des SDS auf sich selbst hat nicht zuletzt bewirkt, daß der SDS die verschiedenen Gruppen, in die die Linkssozialisten der Bundesrepublik zersplittert sind, fast völlig aus den Augen verloren hat — übrigens im Gegensatz zu der Zeit unmittelbar nach der Trennung von der SPD, als in der „neuen kritik" noch versucht wurde, mit solchen Gruppen zu diskutieren.
Die im November 1965 vom Sozialistischen Bund und SDS gemeinsam veranstaltete „Internationale Tagung" in Frankfurt hat aber nun den Ansatz einer über den SDS hinausreichenden Diskussion sozialistischer Politik erkennen lassen. Das gemeinsame Interesse an einer solchen Diskussion hat Repräsentanten aller sozialistischen Gruppen und

Tendenzen in der Bundesrepublik zu dieser Veranstaltung zusammengeführt.
Die für den SDS und seine Position dargelegten Veränderungen lassen sich auch in diesen Gruppen beobachten, wobei das Ergebnis der Bundestagswahlen und die sich erneut verschärfenden sozialen und politischen Angriffe der autoritären Kräfte das Bedürfnis nach größerer, über die teilweise extrem verfestigten Schranken hinweggehender Kommunikation verstärkt zu haben scheint.
Aus der Erfahrung dieser Diskussion und den ihr zugrunde liegenden Verhältnissen ergibt sich ein Ansatz, der auf die Dauer doch weiterführen könnte, zur Realisierung jener Konzeptionen, die in den Diskussionen über den von SDS und Förderergesellschaft einzuschlagenden Weg andeutungsweise bereits entworfen worden waren. Die Tagung hat gezeigt, daß der Sozialistische Bund die Chance hätte, zu einem organisatorischen Kern dieser Diskussionen zu werden, wenn er es vermag, sich in seiner Struktur und Politik darauf einzustellen und die Aufgaben und Möglichkeiten dieser Diskussion genau zu bestimmen. Auch die Veränderungen, die zu dem Ansatz der „Internationalen Tagung" geführt haben, sind keineswegs so weitreichend, daß sie spektakuläre Entwicklungen hervorrufen könnten. Nichts wäre gefährlicher, als die bescheidenen Möglichkeiten zu überschätzen und dadurch zu verschütten. Es kommt weniger auf große, nach außen und auf unmittelbar aktuell-politische Erfolge gerichtete Tagungen an, als vielmehr darauf, den oft mehr privaten Kontakt der Genossen untereinander zu fördern, sachlich zu vermitteln und damit die Möglichkeit einer mehr als individuellen Selbstverständigung zu eröffnen. Es wäre besonders die Aufgabe der aus dem SDS gerade jetzt in größerer Zahl ausscheidenden Genossen, dabei mitzuwirken.
Sozialistische Diskussion läßt sich nicht allein aus abstrakt wissenschaftlichen Ansprüchen entwickeln. Sie wird sich gerade dort, wo sie sich aufgrund der praktischen Schwäche der Sozialisten auf einer relativ hohen Stufe theoretischer Abstraktion bewegt, ihrer unmittelbar politischen Implikationen um so genauer versichern müssen, weil sie sich nur durch diesen bewußten Zusammenhang zu konkreter, praxisbestimmender Theorie wird hinaufarbeiten können.
Die besondere Schwäche der Sozialisten in der Bundesrepublik muß ihre Diskussionen dann nicht unfruchtbar und niveaulos machen, wenn es gelingt, ihre dieser Schwäche entsprechenden Aufgaben zu bestimmen. Dann nämlich könnte gerade die Ausschließlichkeit, mit der sich die bundesrepublikanischen Sozialisten auf die Idee stellen müssen, zu gründlicheren, weiterreichenden Einsichten führen.

V

Die Diskussionen der Tagung in Frankfurt kamen deshalb, wenigstens im Ansatz, über das Sektiererische am bundesrepublikanischen Sozialismus hinaus, weil sie von der in der gesamten westeuropäischen Arbeiterbewegung auflebenden Diskussion über die Vermittlung von Sozialreform und -revolution ausging. Die relativ große Stabilität, die der Kapitalismus in Westeuropa wieder erreicht hat, scheint dieses Problem neu zu stellen.
Revolutionäre Reformpolitik wird sich nur entwickeln lassen, wenn sie von einem historischen Begriff der Lage des Kapitalismus ausgeht. Die Strukturkrisen des Neokapitalismus sind den klassischen Entwicklungskrisen kaum vergleichbar; sie tragen in sich Elemente der Niedergangsepoche des Kapitalismus, in der sich dessen historisch notwendiger Zusammenbruch bereits realisiert. Strukturell sind das jene Elemente, die, auf die Entwicklung der Produktivkräfte gestützt, die Ergebnisse eben dieser Entwicklung eliminieren wollen, weil durch diese die kapitalistischen Verhältnisse in Frage gestellt werden. Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen scheint insofern negativ geworden zu sein, als die kapitalistischen Produktionsverhältnisse die Ausnutzung und Entwicklung der Produktivkräfte verhindern, obwohl sie nach wie vor darauf angelegt sind. Sozialistische Kritik wird sich auf diesen Widerspruch stützen und ihn sich bewußt machen müssen, wenn sie sich der Integration entziehen will. Revolutionäre Politik beruft sich, ausgehend von einem Begriff der Gesamtgesellschaft, auf die vom jeweiligen Stand der aktuellen und potentiellen Produktion objektiv gegebenen Möglichkeiten. Diese gehen in den kapitalistischen Verhältnissen schon längst nicht mehr auf. Es wäre in der Tat bloß voluntaristisch, würden die Sozialisten Forderungen erheben, die über den gesellschaftlich bereits möglichen Grad an Naturbeherrschung hinausgehen. Das aber ist nur die geringere Gefahr. Sehr viel gefährlicher — „reformistisch" — wäre es, wenn die Kritik in den ökonomischen Kategorien der kapitalistischen Mangelwirtschaft aufginge. In Perioden relativer sozialer und politischer Ruhe müssen die Sozialisten in den von den Strukturveränderungen des kapitalistischen Systems hervorgerufenen Auseinandersetzungen gerade die Allgemeinheit der Widersprüche hervorheben und deren Antagonismus aufzeigen. Die bewußte Vertretung von Klasseninteressen besteht doch gerade darin, die barbarische Tendenz des Kapitalismus bewußt zu machen, die verschwendeten oder verhinderten Möglichkeiten besseren Lebens für die Arbeiterklassen in Anspruch zu nehmen und das historische Recht der Produktivkräfte und ihrer Möglichkeiten gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse geltend zu machen. Revolutionäre Reformpolitik ist die aus der praktischen Bewegung entwickelte, konkrete Darstellung der Barbarei des kapitalistischen Niedergangs. Sie geht von der Einsicht aus, daß es in historisch partiell-ruhigeren Situationen darauf ankommt, in genau bestimmtem Verhältnis zur Realität und deren Bewegung sozialistische Theorie konkret zu entfalten. In dem Maße, in dem dies

gelingt, ergibt sich zugleich die Chance, wenigstens partiell unmittelbaren politischen Erfolg zu haben, ohne dabei die revolutionäre Absicht und das Bewußtsein ihrer Notwendigkeit aufzugeben. Sozialistische Reformpolitik, die sich derart ihrer Zusammenhänge fortschreitend versichert, wird vielmehr zur Unterstützung der Revolution: Sie macht diese in dem Maße, in dem sie es erreicht, positiv die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu garantieren und so die Widersprüche des Kapitalismus auf die Spitze zu treiben. Diesen Aufgaben kann sich eine revolutionäre Politik auch deshalb nicht entziehen, weil nur aus der praktischen Bewegung, über sozialistische, revolutionäre Reformvorschläge ein konkretes Programm des Sozialismus entwickelt, der Inhalt der Revolution bestimmt werden kann. Wenn die Barbarei des historisch notwendigen Zusammenbruchs des Kapitalismus schon längst nicht mehr bloß Utopie ist, dann müssen auch die Vorstellungen über die sozialistische Gesellschaft nicht mehr bloß, wie noch bei Marx, als Negation des Kapitalismus erscheinen. Aus der Utopie der klassenlosen Gesellschaft kann schon konkrete Absicht, ein Programm des Sozialismus werden, denn dieser ist in der kapitalistischen Entwicklung bereits so weit vorbereitet, daß seine Konturen aus der Kritik des Kapitalismus positiv und konkret entwickelt werden können. Dies ist allein im, wenn auch noch so vermittelten Zusammenhang sozialistischer Politik möglich.

VI

Das entscheidende aktuelle Problem der Vermittlung von Reform und Revolution liegt aber darin, die Politik der Sozialisten in den kapitalistischen Industrieländern zu vermitteln und zu verbinden mit den revolutionären Bewegungen in den kolonialen und exkolonialen Agrarländern. Es kann nur eine Politik revolutionär sein und sich der Integration entziehen, die sich bewußt auf die Widersprüche stützt, die die Totalität der Weltgesellschaft bestimmen. Diskussionen über Strukturreformen des Kapitalismus können zureichend nur im Zusammenhang einer Imperialismustheorie geführt werden, die die politische und soziale Revolution der kolonialen und exkolonialen Länder und die von der Entwicklung der sozialistischen Länder ausgehenden weltpolitischen Probleme und deren Folgen für die historische Lage des Kapitalismus aufarbeitet. Sozialistische Theorie und Politik wird sich auch in der Bundesrepublik nur neu rekonstruieren und vorbereiten können, wenn die darauf zielenden Versuche ausgehen von den zentralen Auseinandersetzungen der Weltpolitik, von den Erschütterungen, die der Kapitalismus durch die Emanzipationsbewegungen der armen Völker erfährt. Die Probleme der agrarischen Länder und ihrer politischen Bewegungen sind unsere Probleme in dem genauen Sinne, daß die inneren Verhältnisse des Kapitalismus von seinen äußeren, den sich aus der Expansionsnotwendigkeit entwickelnden imperialistischen Widersprüchen wesentlich bestimmt wird. Deshalb ist die politische Einheit der Sozialrevolutionen der Agrarländer mit den Ansätzen sozialistischer Bewegung in den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern eine der entscheidenden Bedingungen für die Entfaltung dieser Ansätze zu einer theoretischen und schließlich auch praktischen sozialistischen Kraft. Die politische Orientierung auf jene Bewegungen — durch das Beispiel Vietnam wesentlich hervorgerufen — könnte auch den kritischen Ansätzen in der Bundesrepublik zu einem neuen Selbstbewußtsein mit weitreichenden Folgen für die Praxis in der Bundesrepublik verhelfen, wenn diese Solidarität theoretisch in der Neufassung der Imperialismustheorien aufgearbeitet wird.

Dieses Selbstbewußtsein und die Einheit der antikapitalistischen Bewegungen würde sich aber nicht realisieren, wenn über die Beschäftigung mit dem internationalen Klassenkampf die sozialen und politischen Probleme im eigenen Land, sosehr diese auch stillgestellt scheinen, praktisch und theoretisch entgleiten würden. Selbstbewußtsein äußert sich gerade in der zähen, geduldigen Arbeit an der praktischen Vermittlung der verschiedenen Momente des Klassenkampfs.

In der Krise, in der sich die westeuropäische Arbeiterbewegung befindet, fällt dies besonders schwer. Es ist aber den antikolonialen Emanzipationsbewegungen nicht damit gedient, wenn unsere Solidarität mit ihnen sentimental bleibt oder wird. Ernsthafte Hilfe für sie ist die strenge Arbeit auf die Entwicklung sozialistischer Politik in den kapitalistischen Ländern hin. Die Dominanz der internationalen Widersprüche und die Schwierigkeiten der Reflexion zeigen sich noch darin, daß die westeuropäischen Arbeiterbewegungen die Probleme ihrer eigenen Politik oft unter Namen diskutieren, die der antikolonialen Bewegung entlehnt sind. Die Schwäche der Arbeiterbewegungen Westeuropas, die selbst dort zu beobachten ist, wo sie sich noch organisatorisch unangefochten stark repräsentieren, führt angesichts des internationalen Klassenkampfs zu Verzweiflung und Resignation, wenn die Vermittlung nicht bewußt gelingt. Selbst Hans Magnus Enzensberger, dessen Kursbuch 2 eines der für die Linken der Bundesrepublik wichtigsten politischen Ereignisse der jüngsten Zeit ist, faßt schließlich den internationalen Klassenkampf doch abstrakt als Kampf zwischen armen und reichen Ländern, also national auf, weil er seine praktisch-politische Entsprechung in den kapitalistischen Ländern nicht sieht. Seine Verzweiflung führt dann zur Verurteilung gerade der „Doktrinäre“: „Man trifft sie auf dem ‚chinesischen‘ Flügel der kommunistischen Parteien Ost- und Westeuropas und, besonders in Italien und Frankreich, unter den Intellektuellen an. Diese Leute zeichnen sich auf dreifache Weise aus: sie verfügen über ausgezeichnete Kenntnisse und wissen mehr als alle anderen über die

arme Welt; sie verfolgen den internationalen Klassenkampf mit gespannter Aufmerksamkeit und besitzen ein kohärentes System zur Beurteilung seines Verlaufes; sie beziehen in jedem Fall eine eindeutige Stellung und ergreifen eindeutig Partei. Und zwar ergreifen sie Partei gegen die Welt, zu der sie gehören und in der sie leben. Im Gegensatz zu den Idealisten ziehen sie daraus eine politische, aber keine individuelle Konsequenz. Sie bleiben zu Hause; in die armen Länder unternehmen sie nur Studienreisen. Ihre Aktivität bleibt verbal, sie erschöpft sich in der Agitation. Zwischen ihrer politischen und ihrer privaten Existenz klafft ein Widerspruch, den sie nicht auflösen können." (S. 169)

Dieser Widerspruch zwischen sozialistischer Absicht und kapitalistischer Wirklichkeit, zwischen politischer und privater Existenz ist so alt wie der Klassenkampf und nur mit diesem aufzuheben. Selbst wenn es eine starke politische Bewegung gäbe, die sich als Teil der revolutionären Partei im internationalen Klassenkampf verstünde, wäre die Identität weder individuell noch gesellschaftlich schon hergestellt: der Widerspruch bleibt mit dem System antagonistisch. Würden aus notwendigen Studienreisen Emigrationen, so wäre auch dies nur eine formelle und damit politisch falsche Lösung. Sollte der nicht unwahrscheinliche Fall eintreten, daß die Sozialisten Westeuropas die Revolutionen der antikolonialen Bewegungen scheinbar nur in ihren eigenen Köpfen mitvollziehen können, dann wäre auch dies von weittragender praktischer Bedeutung. Das Bewußtsein um den gemeinsamen Ursprung der Napalmbomben in Vietnam und der überfüllten Anstalten für Geisteskranke in den kapitalistischen Ländern könnte am Ende auch zu einem zuverlässigen, revolutionären Verständnis der letzteren führen. Die vom Herausgeber der Kursbücher gezogene Spur von der Imperialismusproblematik des Heftes 2 zum Idiotismus des Buches 3 könnte für die Kursbestimmung recht nützlich sein, wenn sie sich diesen Zusammenhang bewußt machen würde. Auch die „Spur von privater Seelenhygiene" in den „Solidaritätskundgebungen der Doktrinäre", die Enzensberger beobachtet, könnte, wenn sie bewußt wird, zu Einsichten in Formen von Versagungen führen, die in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus in Europa von besonders aktueller Bedeutung sind. Auch in solchen für die revolutionäre Praxis wesentlichen Einsichten würde sich die Einheit der antikapitalistischen Tendenz manifestieren. Sie herzustellen, den Zusammenhang der Bewegungen theoretisch und politisch zu vermitteln: das ist das entscheidende Problem der Vermittlung von Reform und Revolution in der gegenwärtigen Epoche; daraus ergeben sich die zentralen Themen sozialistischer Selbstverständigung.

VII

Im SDS zeichnen sich die Folgen dieser Problematik bereits ab. Die wachsende Beschäftigung mit den Problemen des Imperialismus und seiner Kritik führt zu einer neuen Qualität. An dieser Thematik können die psychologischen Widerstände gegen die Entfremdung anscheinend leichter vergegenständlicht, in sozialistischer Theorie bewußt gemacht werden. Diese Tendenz wird den Verband gründlich verändern. So deuten sich bereits auch Veränderungen im Verhältnis zur alten Arbeiterbewegung an: war dieses bisher weitgehend negativ, durch die Kritik an deren Integration bestimmt, werden jetzt eher ihre revolutionären Erfahrungen kritisch rezipiert, für das praktische und theoretische Verständnis positiv ausgewertet.

Es sind solche Tendenzen, die gegenwärtig die Diskussionen und die Entwicklung des SDS prägen und die er theoretisch, politisch und organisatorisch wird aufarbeiten müssen.

In diesem Zusammenhang muß er zudem sein Verhältnis zu den verschiedenen sozialistischen Gruppierungen jeweils genau bestimmen. Sowenig der SDS allgemeiner Kristallisationskern der bundesrepublikanischen Sozialisten sein kann, so wenig kann er einen solchen organisatorisch und politisch selber schaffen. Er kann aber vernünftige Ansätze dazu wesentlich fördern, wenn er ihnen gegenüber eine eigene politische Position formuliert, die ihnen hilft und illusionslos um die Grenzen und Möglichkeiten der Sozialisten in der Bundesrepublik weiß. Der SDS kann dies besonders deshalb, weil er in der Tat auch insofern „die einzige funktionierende sozialistische Organisation" ist, als in ihm die wesentlichen Richtungen der bundesrepublikanischen Sozialisten repräsentiert sind. Soweit es ihm gelungen ist und gelingt, sich der Verfestigung von Sonderpositionen zu entziehen und interne Widersprüche produktiv auszutragen, vermag er gegenüber den verhärteten Positionen, die die Sozialisten gegeneinander ausgebildet haben, einen höheren Grad der Einheit geltend zu machen.

Entscheidend ist aber vor allem, daß der Verband zu den gesamtgesellschaftlich angelegten Ansätzen sozialistischer Diskussion, so gering und bescheiden oder auch illusionär sie immer sein mögen, aus eigenem Interesse notwendig eine Position entwickeln muß. Wo diese Diskussion fehlt, wird die Intention der Entwicklung sozialistischer Politik aufgegeben, werden sich sektiererische Tendenzen und resignative Anpassung im SDS selbst zeigen, weil er seine Vermittlungsfunktion zwischen Privatheit und politischer Öffentlichkeit als sozialistischer Verband nur bestimmen kann, wenn er sich die konkreten aktuellen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten sozialistischer Politik auch außerhalb seines beschränkten sozialen und organisatorischen Bereichs bewußt macht.

Erst im Rahmen der aus strenger historischer Analyse hervorgehenden Bestimmung gesamtgesellschaftlicher sozialistischer Politik und ihrer aktuellen Konkretisierung kann sozialistische Studentenpolitik zureichend differenziert werden. Nur dann können die von der beschränkten Form des Studentenverbandes gesetzten Grenzen mit seiner Politik genau in Einklang gebracht und die gefährlichen Tendenzen

auf eine Ersatzpartei hin überwunden werden. Wo das nicht geschieht, müßte sich der Verband gerade von seinem sozialen und politischen Ausgangspunkt, der Hochschule, entfernen oder aber an sozialistischem Bewußtsein verlieren. Die Feststellung, daß der SDS „in allem, was er tut, nur so stark sein kann, wie er es an der Hochschule ist", erweist sich auch in seinem Verhältnis zu allen über ihn hinausreichenden sozialistischen Bestrebungen als richtig. Wenn der Verband sich seiner beschränkten Möglichkeiten — auch im Verhältnis zu jenen Bestrebungen — bewußt ist, wird er um so wirkungsvoller an der Ausarbeitung sozialistischer Theorie und Politik mitwirken. In seiner eigenen internen theoretischen und politischen Arbeit besteht sein wesentlicher Beitrag zu sozialistischer Politik. Er muß nur wissen, daß er seine eigene beschränkte Form jedenfalls, und mit welchem Ergebnis auch immer, politisch vermitteln muß mit seinem Anspruch auf Mitwirkung an gesamtgesellschaftlicher sozialistischer Politik. Dazu bedarf es fortlaufender Diskussion über die aktuellen Möglichkeiten der Sozialisten.

Dies wird einer der wichtigsten Aspekte für die Diskussion sein, die der Verband in der nächsten Zeit führen muß. An dieser Diskussion muß sich aber der gesamte Verband beteiligen; sie muß in den Gruppen, bei Seminaren und in der „neuen kritik" vorangetrieben werden. Sie wird dann fruchtbar sein, zu einem den gegenwärtigen Bedingungen adäquateren Selbstverständnis führen, wenn sie bewußt die zu Anfang referierte Einsicht aufnimmt, daß in der sozialistischen Organisation auch die aus dem kapitalistischen System übernommenen Widersprüche und Gegensätze zu bewußter, rationaler Kritik umgearbeitet werden müssen. Die dazu notwendige Solidarität wird sich in diesen mit aller sachlichen Strenge zu führenden Diskussion beweisen müssen.

Beiträge zur
20. o. Delegiertenkonferenz
des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes

Protokoll der Tagung vom 14. bis 17. Oktober 1965 in Frankfurt

Inhalt:

- Vorwort
- Grußworte
- Wilhelm Bauer, Die Lage in Vietnam
- Fritz Lamm, Die politische Situation in der BRD nach den Wahlen und die Möglichkeiten sozialistischer Politik
- Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes
- Ursula Schmiederer: Bericht über den Stand der Abrüstungsstudie des SDS
- Vorentwurf für ein Programm des SDS
- Beiträge zur Diskussion des Programmentwurfs
- Beschlußprotokoll der 20. o. Delegiertenkonferenz

Ca. 130 Seiten - Unkostenbeitrag 3,— DM

Zu beziehen über den Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, 6000 Frankfurt, Wilhelm-Hauff-Straße 5

Verfassung und Parteienentwicklung

Ulrich K. Preuß

Die vom Grundgesetz vorausgesetzten politischen Strukturen in der Bundesrepublik befinden sich in einem fortschreitenden Zerfallsprozeß, dessen Ausmaß in Martin Niemöllers bekanntem Appell (vgl. Manfred Liebel: „Parteienkartell und Große Koalition", nk 29, S. 3 ff) symptomatisch deutlich wurde: in einer bewußt als Parteiendemokratie verfaßten politischen Ordnung wird öffentlich der Boykott aller Parteien empfohlen, um die verfassungsmäßige Ordnung zu bewahren. Die einmütige Reaktion der Betroffenen offenbarte ein establishment eigener Art, das es nötig machen wird, in der politischen Wissenschaft in absehbarer Zeit nicht mehr primär von Konkurrenten um die Staatsmacht zu sprechen, sondern von den etablierten Parteien einerseits und den ihnen politisch Unterworfenen andererseits. Daß in einem solchen Prozeß struktureller Verschiebungen hergebrachte politische Funktionen neu überdacht werden müssen, sei hier nur am Rande erwähnt.
Wenn man am verfassungsmäßigen Modell einer Parteiendemokratie festhält, ist die Klärung der verfassungsrechtlichen Stellung der Parteien von unmittelbarer politischer Bedeutung, denn je nach ihrer im Verfassungsgefüge anerkannten gesellschaftlichen Funktion verengen oder verbreitern sie den legitimen Raum verfassungsmäßiger politischer Auseinandersetzung. Eine endgültige Klärung dieser Frage ist bisher nicht gelungen; das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß das Grundgesetz als erste deutsche Verfassung — sieht man einmal von den Artikeln 118 bis 121 der Badischen Verfassung aus dem Jahre 1947 ab — den Parteien eine ausführlichere Regelung widmet, sicherlich zum größeren Teil wohl aber deshalb, weil die Frage der gesellschaftlichen Funktion der Parteien bisher noch zu wenig Gegenstand der politischen Diskussion geworden ist.

Die gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik ist seit ihrem Bestehen durch eine zunehmende Zentralisierung und Monopolisierung ihrer Machtinstanzen gekennzeichnet. Die Anfang der fünfziger Jahre von den Gewerkschaften errungenen Mitbestimmungsrechte haben ebensowenig eine ungehinderte Verfügungsmacht der Kapitaleigner über Produktion und Investition, über Machtballungen durch Konzentration verhindert wie die Verheißung eines demokratischen und sozialen, rechtsstaatlich gesicherten Bundesstaates es vermocht hat, den bürokratischen Unterbau der Exekutive auch nur annähernd wirksam zu kontrollieren. Welche gesellschaftlichen Prozesse zur Bildung einiger weniger oligopolistischer Machtzentren — durch Organisation der Interessen insbesondere der Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Vertriebenen und der Kirchen — in zunehmender Staatsnähe geführt haben, kann hier nicht im einzelnen beschrieben werden[1]); es kann hier nur konstatiert werden, daß der Prozeß der Konzentration auch vor den Parteien nicht haltgemacht hat[2]). Nicht ganz ohne Einfluß auf diese Entwicklung war die ihn letztlich legitimierende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 21 GG, der die verfassungsrechtliche Stellung der Parteien im einzelnen regelt. Die hier interessierenden Absätze 1 und 2 des Art. 21 GG lauten:

„(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.

(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht."

Diese ausführliche Erwähnung der Parteien in Art. 21 GG hat zu den mannigfachsten juristischen Spekulationen geführt. Während Triepel[3]) unter der Weimarer Verfassung im Jahre 1927 noch davon sprach, daß vom Standpunkt des Rechts aus gesehen die Beschlüsse der Parteien „unmaßgebliche Äußerungen eines dem Staatsorganismus fremden sozialen Körpers" seien und er lediglich eine scharfe Diskrepanz zwischen dem positiven Recht und der politischen Wirklichkeit konstatieren zu können meinte, geht die heutige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 21 GG bereits dahin, den Parteien organschaftliche Qualitäten zuzusprechen, sie „aus dem Bereich des Politisch-Soziologischen in den Rang einer verfassungsrechtlichen Institution" zu heben[4]) und ihnen damit eine den herkömmlichen Staatsorganen ähnliche verfassungsrechtliche Stellung zuzuweisen[5]). Beide Extrempositionen sind das Ergebnis verfassungsrechtlicher Mißverständnisse.
Der in Art. 22 der Weimarer Reichsverfassung gegebene Hinweis auf das Verhältniswahlrecht hätte ohne die selbstverständliche Voraussetzung von Parteien nicht gegeben werden können, und lediglich ein gewisses naives Vertrauen in das Funktionieren der Parteiendemokratie hat eine Problematisierung der Parteien in der Verfassung verhindert. In der Tat bahnte sich ein Wandel in der politischen Funktion der Parteien erst etwa mit Beginn des Ersten Weltkrieges an. Mit der Organisation der Arbeiter in der SPD in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war ein völlig neues Element in die Parteienstruktur herkömmlicher Art getreten: waren die bisher existierenden Vereinigungen monarchistischer bis

bürgerlich-liberaler Art eher Wahlvereinen vergleichbar, die sich aus Anlaß einer Parlamentswahl je neu formierten und dazwischen ohne gesellschaftliche Relevanz blieben, so organisierten die ersten Arbeitervereine und später die SPD bewußt im vorparlamentarischen Raum ökonomische, soziale und politische Interessen, die in dem Honoratiorenparlament keinen anerkannten Standort hatten. Auf der Basis homogener bürgerlich-frühkapitalistischer Interessen stritt man um Ideen. Dementsprechend verstand sich das Parlament als werthafte Selbstdarstellung der bürgerlichen Gesellschaft in den Personen ihrer „Besten", ihrer Geistvollsten — dies ist das strukturbestimmende Merkmal der parlamentarischen Repräsentation.

Die SPD brachte auch ein umgekehrtes Verhältnis ihrer Fraktion zur Partei in das Parlament ein: die traditionellen Parteien, die eher Wahlvereine als Parteien waren, bestanden in der Zeit zwischen den Wahlen praktisch nur aus ihren Fraktionen[5a]). Denn ihre Aufgabe bestand nicht in der Organisation sozialer Interessen, sondern in der Repräsentation der bürgerlichen Gesellschaft, das heißt des dritten Standes; alle Parteiaktivität war auf das Repräsentationsorgan Parlament ausgerichtet. Die SPD als die für damalige Zustände revolutionäre Partei ignorierte den Repräsentationscharakter des Parlaments; dieses war für sie nur eines von vielen politischen Instrumenten, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu revolutionieren; dazu gehörten Streiks, Demonstrationen, Agitation etc., und dazu gehörte auch die Agitation im Parlament. Die Mitglieder der Parlamentsfraktion waren nicht Repräsentanten der Arbeiterschaft, deren Beste[6]), sondern eine Aktionseinheit innerhalb der Gesamtkonzeption, die bestehende Gesellschaft radikal zu verändern.

Man kann etwas schematisch sagen, daß die Fraktion der SPD fest in die Konzeptionen und Aktionen der Partei integriert, ja politisch von ihr abhängig war, während die traditionellen monarchistischen und bürgerlichen Fraktionen unabhängig von ihren jeweiligen Parteien Teil eines einheitlichen Repräsentationsvorganges und damit unabhängig von konkreten politischen Aufträgen waren.

Dieses Modell eines repräsentativen bürgerlich-liberalen Parlamentarismus, der im übrigen in seiner lediglich rechtsstaatlichen, Freiheit und Eigentum sichernden Funktion auch nicht notwendig auf dem Prinzip der Volkssouveränität zu beruhen brauchte und in der Tat im Deutschland des 19. Jahrhunderts nicht beruhte, brauchte, da ihm eine homogene gesellschaftliche Interessenstruktur zugrunde lag, nicht zu dulden, daß der Abgeordnete etwas anderem als seinem Gewissen unterworfen war, und an politische Aufträge seiner Parteien gebunden sein sollte. Die Funktion der einheitsbildenden und werthaften Selbstdarstellung der bürgerlichen Gesellschaft durch parlamentarische Repräsentation wäre verlorengegangen, wenn das Parlament zur Agentur antagonistischer ökonomischer, sozialer und politischer Interessen abgesunken wäre.

Um so erstaunlicher ist, daß sowohl die Weimarer als auch die Bonner Verfassung das nicht gebundene Mandat des Abgeordneten vorsah: nach beiden Verfassungen ist er der Abgeordnete des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden (vgl. Art. 21 WRV, Art. 38 GG). Die Erwähnung des Verhältniswahlrechts in der WRV (Art. 22) und die Aufnahme der Rechtsstellung der Parteien in das Grundgesetz verleiten zunächst zu dem Schluß, daß hierin eine verfassungsrechtliche Strukturwidrigkeit zu sehen sei. Denn entweder findet im Parlament Repräsentation im Sinne werthafter Selbstdarstellung der Gesellschaft statt, mit freiem Mandat, Mehrheits- und Persönlichkeitswahlrecht und relativer Bedeutungslosigkeit der im außerparlamentarischen Raum agierenden Partei, oder die Funktion der Partei, soziale, ökonomische und politische Interessen zu organisieren und durchzusetzen, wird anerkannt und damit die Degradierung des Parlaments zur Registrierstelle von Parteibeschlüssen, das Übergewicht der Partei über die Fraktion, das gebundene Mandat, das Verhältniswahlrecht und das, was Leibholz die plebiszitären Elemente der Parteiendemokratie genannt hat: die faktisch unmittelbare Wahl der Regierung durch Wahl einer bestimmten Partei und deren Kandidaten für das Parlament.

Das Bundesverfassungsgericht hat aus dem Nebeneinanderbestehen der Art. 21 (s. o.) und 38 im GG, sicherlich unter dem Einfluß von Gerhard Leibholz[7]), den Schluß gezogen, daß das Parlament nicht mehr primär die Funktion der politischen Repräsentation hat, sondern in erster Linie die Stelle ist, an der sich Vertreter der Parteien treffen und als Parteirepräsentanten politische Entscheidungen herbeiführen[8]). Der damit verbundene verfassungsrechtlich anerkannte Bedeutungszuwachs der Parteien, der sich insbesondere in ihrem Präsentationsrecht der Abgeordneten für die Wahlen ausdrücke, rechtfertige es, von einer organschaftlichen Qualität der Parteien zu sprechen[9]). Im Gegensatz zu jedermann stünden sie im inneren Bereich des Verfassungslebens und nähmen Funktion eines Verfassungsorgans wahr, so daß die Parteien in den Rang verfassungrechtlicher Institutionen erhoben worden seien[10]).

Die radikal-demokratische Vorstellung, wonach die Parteien im außerparlamentarischen Raum politische Interessen organisieren, mit konkurrierenden Parteien Kompromisse aushandeln und im Parlament lediglich den formalen Akt der staatsorganschaftlichen Willensbildung vollziehen, scheint in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verfassungsrechtlich anerkannt; jedenfalls ist die Partei nach dieser Rechtsprechung nicht mehr primär die Fraktion. Dementsprechend hat das Bundesverfassungsgericht dem Art. 38 (freies Mandat) auch lediglich die Funktion zuerkannt, die radikalen Konsequenzen einer Parteiendemokratie zu vermeiden[11]).

Die Gefahren einer solchen Verfassungsinterpretation sind freilich dennoch evident. Fast das gesamte Verfassungs-

schrifttum hat sich dagegen ausgesprochen, die Parteien in den Rang von Verfassungsinstitutionen im Sinne von staatlichen oder quasistaatlichen Institutionen zu erheben[12]), allein weil Art. 21 GG die Parteien erstmals im Verfassungstext relativ ausführlich behandelt. Dabei stellt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in dieser Frage lediglich weitgehend die verfassungsrechtliche Legitimierung eines gesellschaftlichen Tatbestandes dar, der erst allmählich einer breiteren Öffentlichkeit bewußt wird.

Es ist der oben angedeutete Prozeß der zunehmenden Oligopolisierung der Sphäre politischer Auseinandersetzung durch die etablierten, d. h. im Bundestag vertretenen Parteien. Die in Bonn gehandhabte und zum Teil auch richtlinienmäßig abgesicherte Praxis[13]), gesetzgeberische Vorhaben in einer nichtöffentlichen clearing-Stelle der Verbändevertreter, der Ministerialbürokratie und aller drei Parteien (zumeist über die Ausschüsse) vorzubereiten, hat eine Verwaltungsnähe der politischen Parteien, auch der Oppositionspartei, mit sich gebracht, derart, daß politische Auseinandersetzungen tendenziell durch bürokratische Kompromisse gemeinsam mit Großverbänden beziehungsweise Bürokratien abgelöst werden. Diese clearing-Stelle, in der von Fall zu Fall die einflußreichsten gesellschaftlichen Großorganisationen mit der Ministerialbürokratie und den Parteien ihre divergierenden Interessen abstimmen, muß als die heutige Form der Repräsentanz der Gesellschaft angesehen werden. Ihre Präsenz, die Mächtigkeit ihrer einzelnen Vertreter, befördert angesichts der hierarchisch und fest aufgebauten einzelnen vertretenen Organisationen eine nichtöffentliche bürokratische Atmosphäre, die nicht selten an den obrigkeitlichen Fürsorgestaat preußischer Observanz erinnert. Es ist nicht verwunderlich, daß die Parteien sich dem Gesetz bürokratisch geführter Verbände (die ihre Vertreter aber auch nicht selten in die Parteien selbst delegieren), und dem der Staatsbürokratie nicht gewachsen zeigen. Dem Zwang zu publizitätsfernem Kompromiß, der praktisch die interne Machtverteilung unter Großorganisationen von Mal zu Mal konkretisiert, gehorchen angesichts der gesellschaftlichen Macht jener Verbände sämtliche Parteien; sie unterliegen dadurch einem allmählichen, aber nachhaltigen politischen Funktionswandel: sie organisieren nun nicht mehr primär politische Interessen, die den jeweiligen Status quo der gesellschaftlichen Machtverteilung verteidigen bzw. ihn im Namen dieser Interessen zu verändern suchen, sondern sie bekommen die Funktion, divergierende, durch übermächtige bürokratische Apparate vertretene Interessen durch Manipulation und Anpassung an die jeweils am wirksamsten operierenden Apparate zu integrieren, ohne das bestehende Kräfteverhältnis radikal zu verändern. Dieser allmähliche Funktionswandel befördert die immer stärkere Position der Parteifraktion in der Gesamtpartei: auf Grund ihrer Verwaltungsnähe, ihrem dauernden Kontakt mit Verbänden und der Regierung, hat sie nicht nur ein höheres Informationsniveau als der Parteiapparat, sondern sie kann auch innerhalb der Partei glaubhaft den Führungsanspruch mit dem Argument anmelden, die wichtigen (politischen) Entscheidungen fielen in einer politischen Zone, in der allenfalls die Fraktion beheimatet sei. Einen offenen Gegensatz zwischen Parteiführung und Fraktion wird es freilich kaum geben[14]). Um so nachhaltiger ist die Überformung des politischen Willens der Partei durch die Fraktionsführung; das drückt sich in einer zunehmenden Übernahme von Parteiführungsfunktionen durch Angehörige der Fraktion aus[15]). Es ist daher kein politischer Zufall, daß in der SPD als der traditionell mehr vom außerparlamentarischen Parteiapparat her gelenkten Partei, im Jahre 1958 mit dem Sturz der alten Führung durch die politische Kraft der Fraktion[16]) eine neue Parteipolitik langsam angebahnt wurde.

Jene enge Verflechtung mit bürokratischen Apparaten des Staates und der Gesellschaft, die insbesondere die Partei als Repräsentanten des Parteivolkes gegenüber den Fraktionen an Bedeutung zurückgedrängt hat, mußte zu einer zunehmenden Verhärtung der einmal erreichten und durch die Restauration Westdeutschlands geradezu notwendig erreichten Parteienkonstellation führen; der bürokratisch-unöffentliche Charakter des politischen Machtkartells widersetzt sich demokratischer Kontrolle und Kritik. Kein Wunder, daß die drei Parteien, die in diesem Geflecht verwoben sind, außerparlamentarische Konkurrenten als unliebsame Außenseiter ablehnen. Ein allen gemeinsamer Interessenspielraum wird dadurch definiert, daß man die freiheitlich-demokratische Grundordnung als die im wesentlichen durch das bestehende Kartell anerkannte Sphäre politischer Auseinandersetzung bestimmt[17]). Übertritt jemand diesen Raum, etwa durch Angriffe auf die Bundeswehr, durch Werben um Anerkennung der DDR, durch Anti-Atom-Parolen, aber auch durch Verurteilung amerikanischer Bombardements auf Nordvietnam, durch Demonstrationen gegen Tschombé oder vieles andere mehr, so ist damit die Gefahr auch des Überschreitens der so verstandenen freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegeben.

Ein Beispiel für jenes auch im Bewußtsein der drei Parteien erreichte establishment bietet der von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien[18]). In § 6 des Entwurfes heißt es:

> Abs. 1: Soweit der Staat oder ein anderer Träger öffentlicher Gewalt den Parteien seine Einrichtungen zur Verfügung stellt oder ihnen sonst öffentliche Leistungen gewährt, können alle verlangen, in gleicher Weise behandelt zu werden. Der Umfang der Gewährung kann nach der Bedeutung der Parteien abgestuft werden; dabei sind insbesondere der Stimmenanteil einer Partei bei den Wahlen der letzten vier Jahre, die Zahl ihrer Mandate im Bundestag und in den gesetzgebenden Körperschaften der Länder sowie ihre Beteiligung an der Bundesregierung und an Landesregierungen zu berück-

sichtigen . . . Die Abstufung unterbleibt, wenn die Gewährung wegen der Abstufung für eine oder mehrere Parteien ihren Zweck verfehlen würde. (Welchen Zweck hat sie denn?)

Abs. 2: Bei Einrichtungen und Leistungen, die im Zusammenhang mit einer Wahl zur Verfügung gestellt oder gewährt werden, gilt Abs. 1 während der Dauer des Wahlkampfes nur für diejenigen Parteien, die Wahlvorschläge eingereicht haben. Zu Rundfunk- und Fernsehsendungen brauchen nur Parteien zugelassen zu werden, deren Wahlvorschläge nach Art und Zahl für das Sendegebiet von hinreichender Bedeutung sind. (!)

Abs. 4: Ist gegen eine Partei Antrag auf Entscheidung gestellt, ob sie verfassungswidrig ist, so kann jede der in § 43 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 . . . genannten Organe beim Bundesverfassungsgericht beantragen, die Rechte der Partei auf Benutzung öffentlicher Einrichtungen oder Gewährung sonstiger öffentlicher Leistungen vorübergehend außer Kraft zu setzen.

Dieser Paragraph — makabre Ironie — ist überschrieben mit „Chancengleichheit".

Den gleichen monopolistischen und stabilisierenden Charakter hat § 20 des Entwurfes. Danach erhalten „Parteien, die bei der politischen Willensbildung im Deutschen Bundestag mitwirken, . . . einen Zuschuß aus Mitteln des Bundes". Nach § 21 werden „von dem Zuschuß . . . zunächst je 5 v. H. an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien verteilt. Der Restbetrag wird auf sie nach der Stärke ihrer Vertretung im Deutschen Bundestag aufgeteilt". Bezeichnenderweise spricht § 20 des Entwurfes von den Parteien, „die bei der politischen Willensbildung im Deutschen Bundestag mitwirken"; Art. 21 GG, der von der Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes spricht, regelt nicht die Mitwirkung der Parteien in Staatsorganen — das tut Art. 40 Abs. 1 S. 2 GG in Verbindung mit der (mehrmals geänderten) Geschäftsordnung des Bundestages vom 28. Januar 1952, vgl. dort z. B. die §§ 10 ff —, sondern von der Willensbildung im Bereiche der Gesellschaft, die dann in Wahlen und Abstimmungen gemäß Art. 20 Abs. 2 GG die Staatsorgane kreiert.

Diese abgesicherte Stellung des Kartells und die in Art. 21 GG getroffene Regelung der Parteien konnten zu dem Mißverständnis führen, die Parteien gehörten in die Sphäre des Staates. Aber die Aufnahme der Parteien in die Verfassung kann überhaupt nur dann als Beweis für eine organähnliche Stellung der Parteien angesehen werden, wenn das Grundgesetz allein als eine Verfassung des Staates und seiner Organisation angesehen wird. Daß dies nicht der Fall ist, beweist bereits ein kurzer Blick in die Verfassung; in den Art. 9 Abs. 2 und 3, 18 und mit der Sozialstaatsklausel des Art. 20 Abs. 1 greift die Verfassung unmißverständlich in den Raum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein[19]).

Art. 9 GG lautet:

„(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.

(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.

(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig."

Art. 18 GG lautet:

„Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16 Abs. 2) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen."

Art. 20 Abs. 1 GG (Sozialstaatsklausel) lautet:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat."

Seit den Erfahrungen der Weimarer Republik ist es sozusagen politisches Allgemeingut in Deutschland, daß der staatlichen Organisation und ihren Organen der Bereich der gesellschaftlichen Auseinandersetzung nicht gleichgültig sein kann, und daß die vielberufene Aufhebung des Dualismus von Staat und Gesellschaft nicht nur die Übernahme der Daseinsvorsorge der Bevölkerung durch staatliche bürokratische Apparate bedeutet, sondern auch die verfassungsmäßige Regelung der Grenzen politischer, ökonomischer und sozialer Konkurrenz. Art. 9 Abs. 2 und Art. 18 GG kennzeichnen diese Grenze vorwiegend für die politische Auseinandersetzung, Art. 9 Abs. 3 GG vorwiegend für die soziale, Art. 2 Abs. 1 GG („Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.") vorwiegend für die ökonomische.

In dem verfassungsrechtlichen Zusammenhang der Art. 9 Abs. 2 und 18 steht die Spezialnorm für Parteien des Art. 21 Abs. 2 (s. o.): auch hier reicht die Verfassung in den Bereich der Gesellschaft hinein, ohne ihn doch damit als eigenständigen dynamischen Bereich aufzulösen.

Die Mitwirkung der Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes ist ebenso lediglich die verfassungsrechtliche Legitimierung eines gesellschaftlichen Sachverhalts, Regelung einer ausschließlich gesellschaftlichen

Sphäre, nicht, wie es das Bundesverfassungsgericht will, Einbeziehung der Parteien in die staatliche Sphäre. Im Gegensatz zu Art. 20 Abs. 2 GG, wo von dem Volk als dem Kreationsorgan für die einzelnen Staatsorgane die Rede ist, ist in Art. 21 Abs. 1 GG ausdrücklich von der politischen Willensbildung des Volkes die Rede, die mit der Willensäußerung des Volkes in Wahlen, bei der Kreation von Staatsorganen, nichts zu tun hat.

Jene Konzeption einer Staat und Gesellschaft (jedenfalls partiell) umgreifenden Verfassung hat zur Folge, daß die Parteien zwar faktisch das Monopol bei der Willensbildung der Staatsorgane haben, daß sie aber zugleich Medium der Gesellschaft sind, politische Strömungen staatsorganschaftlich wirksam zu machen. Offenheit zur Gesellschaft ist für sie konstitutiv, denn sie transformieren jene gesellschaftlichen Strömungen in Staatsakte. Da die Legitimität der Staatsorgane und ihrer Akte nach dem Grundgesetz allein aus ihrer Verbindung zur Gesellschaft gezogen werden kann, die Parteien sozusagen Agenten der Gesellschaft sind, verlieren sie in dem Augenblick ihre Legitimität, in dem die Parteien als quasi Staatsorgane neben die klassischen Staatsorgane (Bundestag, Bundesregierung etc.) gestellt werden, statt deren gesellschaftlicher Unterbau zu sein.

Diese Argumente sind nicht neu[20]). Aber sie sollen nicht zu einer integrationalistischen Deutung der Parteiendemokratie führen, wie das bei Henke der Fall ist[21]). Für ihn stellt jene verfassungsrechtliche Lösung der insbesondere seit Weimar bekannten Schwierigkeiten ein dauernder Integrationsprozeß von Staat und Gesellschaft dar, dessen Sinn in seiner Ordnungsstiftung gesehen werden muß. „Die totalitären Parteien sind ausgeschieden, und die übrigen Parteien betrachten den Staat und seine Organe nicht nur als Waffe für ihre Politik, sondern als eine Ordnungsgewalt, die eigenen Bestand besitzen und behalten muß und deren eigener Sinn durch die Arbeit in ihnen erfüllt werden muß“[22]).

Auch diese Deutung der Parteiendemokratie ist mit dem in Art. 20 Abs. 1 aufgestellten Prinzip der demokratischen und sozialen Bundesstaatlichkeit nicht vereinbar. Denn in diesem Modell wird die zunächst sichtbare Sphäre gesellschaftlicher Auseinandersetzung wieder in die ordnungsstiftende Funktion der Staatsorgane integriert: Sie ist daher jederzeit in die staatliche Sphäre zurücknehmbar und erweist sich damit als ebenso abhängig von staatlichem Wohlwollen wie wenn man die Parteien gleich zu Quasi-Staatsorganen macht und durch sie gesellschaftlich-politische Dynamik auffängt.

Einem solchen Modell liegt ein bemerkenswertes Fehlverständnis der grundlegenden Strukturbestimmung des Art. 20 Abs. 1 („Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“), in deren Lichte alle anderen Strukturnormen zu sehen sind, zugrunde. Unbestritten normiert die Sozialstaatsklausel die Verpflichtung des Staates, die Reproduktion der Gesellschaft, insbesondere die Versorgung eines jeden einzelnen, nicht mehr sich selbst zu überlassen, sondern in irgendeiner Form intervenierend dort Gerechtigkeit zu schaffen, wo sie sich aus den gesellschaftlich immanenten Mechanismen nicht von selbst herstellt. Soziologisch ist die Übernahme der sogenannten Daseinsvorsorge durch den Staat durch den Zerfall der sich selbst versorgenden patriarchalischen Kleinfamilie verstehbar; dieser Zerfall hatte jedoch nicht nur soziale, sondern auch politische Folgen, die freilich erst nach dem Zweiten Weltkrieg erkannt und anerkannt wurden. Ebenso wie die geschlossene und sich selbst versorgende Kleinfamilie dem Modell einer bürgerlichen Wettbewerbsgesellschaft, mit vermöge privaten Eigentums autonomen Individuen, zugrunde lag, so entsprach einer solchen Gesellschaft als politische Organisation das Honoratiorenparlament mit der Funktion der Repräsentation der Gesellschaft durch ihre jeweilig Besten. Mit der Emanzipation des Proletariats zerfiel nicht nur allmählich die patriarchalische Kleinfamilie, deren Versorgung nun die staatliche Daseinsvorsorge weitgehend übernahm, sondern auch die politische Institution des Honoratiorenparlaments: Die Formierung der (nach dem Ersten Weltkrieg auch der bürgerlichen und reaktionären) Parteien als Aktionszentren zur Durchsetzung ökonomischer, sozialer und politischer Interessen führte zu einer politischen Organisation, die die Formen der Repräsentation des Volkes zugunsten der durch die Parteien vermittelten Identität von Regierenden und Regierten zurückdrängte.

Art. 20 Abs. 1 (Sozialstaatsklausel) in Verbindung mit Art. 21 GG zieht auch aus diesen politischen Veränderungen die Konsequenzen: so wie er den sonst sozial hilflosen Bürger durch Daseinsvorsorge zu menschlichem Dasein verhelfen soll, so soll er durch Garantie einer eigenen Sphäre politisch-streitender Auseinandersetzung dem sonst hilflosen homo politicus politisch die Möglichkeit zur Verbesserung seiner gesellschaftlichen Existenz verhelfen. Die Sozialstaatsklausel, die als die Grundstrukturnorm die eigenartige Verklammerung von Staat und Gesellschaft regelt, hat nicht nur einen Sozialstaat der Daseinsvorsorge, der freilich zum „bürokratischen Verwaltungsstaat“ (Abendroth) depraviert ist, sondern zugleich einen Staat mit einer ausdrücklich garantierten Sphäre politisch-demokratischer Auseinandersetzung konstituiert: anders wäre das Attribut demokratisch zu dem Begriff des sozialen Bundesstaates in Art. 20 Abs. 1 unverständlich — die demokratische Legitimierung der Staatsgewalt ist in Art. 20 Abs. 2 normiert —, anders wären Art. 21 Abs. 2, Art. 18, 9 Abs. 2, die alle auf eine solche streitend-politische Sphäre bezogen sind, nicht verständlich[23]).

Die verfassungsrechtliche Garantie eines solchen Bereiches bedeutet nicht nur das Verbot einer Verstaatlichung, sondern auch Petrifizierung der Exponenten jener gesellschaftlichen Auseinandersetzung; sie bedeutet ebenso das Verbot der Paralysierung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung durch Begrenzung des Spielraums auf den den etablierten Parteien und Vereinigungen genehmen Bereich; sie bedeutet aber auch, daß dieser Spielraum in keinem Fall zurück-

genommen werden kann, weil er vielleicht nicht mehr eine ordnungsstiftende Funktion hat. Er dient der politischen Veränderung bis an die in Art. 79 Abs. 3 (der „eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden" für unzulässig erklärt) und Art. 19 Abs. 2 GG („In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.") gezogene Grenze der fundamentalen politischen Grundsatzentscheidungen, und nur so sind die in Art. 21 Abs. 2, 9 Abs. 2 und 18 GG genannten Beschränkungen politischer Aktivität zu konkretisieren. Nur insoweit der Raum politischer Auseinandersetzung auf jene, verfassungswidrigen, Bereiche ausgedehnt wird, kann er und muß er zurückgenommen werden. Anderes ist nach den Erfahrungen aus Weimar verfassungspolitisch nicht geboten und verfassungsrechtlich nicht zugelassen.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt das in Art. 21 Abs. 1 S. 3 GG den Parteien auferlegte Gebot zur innerparteilichen Demokratie sein spezifisches Gewicht. Dem Verfassungsgeber ist nicht entgangen, daß die Organisation sozialer und politischer Interessen zunehmend in hierarchisch aufgebauten Großapparaten geschieht, deren Existenz eine freie Auseinandersetzung konkurrierender politischer Entwürfe häufig illusorisch macht. Um so notwendiger mußte daraus die Forderung nach innerer Demokratisierung jener Machtapparate folgen, da die politische Auseinandersetzung nun in sie verlegt werden mußte. Dem Anspruch, Volkspartei zu sein, korrespondiert daher eine größtmögliche innere Offenheit und Breite der Diskussion, jedenfalls Verzicht auf eine streng einzuhaltende Parteilinie, da das breite Spektrum politischer Kräfte und Ideen in der Gesellschaft seine Spiegelung in dem Rahmen einer Großorganisation finden soll.

In dem Maße, in dem die politische Vertretung des Volkes durch einige wenige Großparteien geschieht, muß sich das Feld streitend-politischer Auseinandersetzungen in die Parteien verlegen: das Demokratiegebot in Art. 21 Abs. 1 S. 3 GG tendiert daher dazu, den gleich breiten Rahmen zu bekommen, der dem allgemein gesellschaftlichen Raum politischer Auseinandersetzung in Art. 21 Abs. 2, 18 und 9 Abs. 2 GG eigen ist. Es kann sich daher das Demokratiegebot des Art. 21 Abs. 1 S. 3 GG auch nicht mehr nur darauf erstrecken, daß sich lediglich die Personen, die in der Partei eine Funktion haben, demokratisch legitimieren. Die Reduktion der innerparteilichen Demokratie auf Wahl und Abwahl von Personen, d. h. auf pauschale Delegation von politischen Entscheidungen unter Widerrufsvorbehalt, ist der repräsentativen Demokratie strukturell verwandt. Mit Recht hat Claus Arndt[24]) darauf hingewiesen, daß „das Recht zur Führung . . . verfassungskonform nicht repräsentativ an Stelle der Mitgliedschaft, sondern als Entwurf der Lösung eines konkreten Problems mit dem Ziel und der Erwartung ausgeübt (wird), daß die Mitgliedschaft sich diese Entscheidung als die ihre zu eigen machen und sie dadurch letztlich selbst treffen werde". Präziser: Für das Demokratiegebot im Sinne einer zunehmenden Identität von Regierenden und Regierten kann allein die demokratische Prozedur einer ständigen Willens- und Entscheidungsbildung in den politischen Fragen, um die es jeweils konkret geht, als dem Grundgesetz adäquat angesehen werden. In diesem Zusammenhang muß auch Art. 38 GG [(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.] als ein Element innerparteilicher Demokratie neu gedeutet werden: nicht als Element der Repräsentation, sondern als Garantie unabhängiger politischer Haltung gegenüber den die Parteifinanzen und Informationen monopolisierenden Parteiführungen.

Forsthoff schrieb bereits im Jahre 1950 zu der Vorschrift des Art. 21 Abs. 1 S. 3[25]), sie sei als „Gewährleistung eines Parteitypus (zu) verstehen, der seinen Mitgliedern ein Maximum an Einfluß und ständiger effektiver Entscheidung sichert. Das bedeutet, über die Ausschließung der Führerpartei hinaus die Verwerfung jeder autoritären Parteigestaltung". Im Jahre 1963, zu einer Zeit, als die innere und äußere Verfestigung der Parteien zu einem gewissen Abschluß gelangt, schreibt Ulrich Lohmar[26]): „Die Parteien in der Bundesrepublik lassen sich nicht ausschließlich bestimmen von der demokratischen Vorstellung der Identität, vom Vertretungsprinzip, von der Lehre der Souveränität (in diesem Fall der Parteibürger); spürbar bleibt daneben das Erfordernis der politischen Führung. Damit gewinnt das parlamentarische Prinzip der Repräsentation auch für die innerparteiliche Ordnung einen hohen Rang. Wir werden zu zeigen versuchen, daß diese Entwicklung nicht nur den tatsächlichen Gegebenheiten in den politischen Parteien entspricht . . ., sondern daß die Funktionsfähigkeit der Demokratie abhängt von einer ausgewogenen Verbindung des demokratischen Prinzips der Identität mit dem parlamentarischen Prinzip der Repräsentation, und d. h.: der Führung".

Der von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP vorgelegte Entwurf hat zwar seinen zweiten Abschnitt (§§ 7 bis 16) der inneren Ordnung der Parteien gewidmet, beschränkt sich aber auf die meist formalen Angaben über die mögliche organisatorische Gestaltung einer Partei. So ziemlich alles wird der jeweiligen Parteisatzung überlassen. Wer über die auch von dem Entwurf vorgesehenen öffentlichen Gelder verfügen soll, welche Funktion die Parteipresse für die innerparteiliche Demokratie haben soll, insbesondere wer sie im einzelnen kontrolliert, unter welchen Bedingungen sie als Medium der Parteibürger fungieren kann, welche Ausschlußgründe ein Parteistatut enthalten darf und welche nicht, wie genau sie definiert sein müssen, wie ein „gerechtes Verfahren" vor Parteischiedsgerichten konkret auszusehen hat — das sind nur einige Fragen, auf die der Entwurf keine Antwort zu geben vermag.

Anmerkungen

[1]) Vgl. hierzu insbesondere Wolfgang Abendroth, Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie, in: Politische Vierteljahresschrift 1964 S. 307 ff., S. 316 ff.

[2]) Vgl. auch Ossip K. Flechtheim, Die Institutionalisierung der Parteien in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift f. Politik 1962, S. 97 ff.

[3]) Heinrich Triepel, Die Staatsverfassung und die politischen Parteien, Berlin 1927, S. 24/25.

[4]) Vgl. BVerfGE 2 S. 1 ff., S. 73.

[5]) BVerfGE 4 S. 27, S. 30/31.

[5a]) Bezeichnenderweise wird heute noch der Parteiführer der Konservativen Partei in England von der Parlamentsfraktion gewählt, während der Parteikonvent seine Wahl lediglich bestätigt.

[6]) Darauf weist Abendroth a. a. O. S. 309 hin.

[7]) Vgl. Gerhard Leibholz, Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1958.

[8]) Vgl. BVerfGE 2 S. 1 ff., S. 73.

[9]) Vgl. BVerfGE 4 S. 27, S. 30/31.

[10]) Vgl. BVerfGE 2 S. 1 ff., S. 73.

[11]) Vgl. BVerfGE 2 S. 1 ff., S. 74.

[12]) Vgl. die Übersicht bei Wilhelm Henke, Das Recht der politischen Parteien, Göttingen 1964, S. 82 ff.

[13]) Vgl. die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien v. 8. 1. 1958, nach der die an einem Gesetz interessierten Verbände bei dem Entwurf des Gesetzes im Ministerium gehört werden sollen; vgl. z. B. § 77.

[14]) Vgl. Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963, S. 74.

[15]) Dieser Tatbestand wird auch von Lohmar ausdrücklich mitgeteilt, a. a. O. S. 74/75, 82.

[16]) Vgl. Lohmar a. a. O. S. 86.

[17]) Vgl. Wolfgang Abendroth, Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts, in: Zeitschrift f. Politik 1956 S. 305 ff.

[18]) Bundestagsdrucksache IV/2853.

[19]) Vgl. z. B. Helmut Ridder, Zur verfassungsrechtlichen Stellung der Gewerkschaften im Sozialstaat nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (Rechtsgutachten), Stuttgart 1960, Henke a. a. O. S. 84.

[20]) Vgl. zusammenfassend Henke a. a. O. S. 82 ff.

[21]) a. a. O. S. 83 ff., 85, 98/99.

[22]) Henke a. a. O. S. 98/99.

[23]) Vgl. hierzu Ridder in dem oben zitierten Rechtsgutachten.

[24]) In: Der Staat, 1964, S. 506 ff., S. 508 (Buchbesprechung von Lohmar, Innerparteiliche Demokratie).

[25]) Ernst Forsthoff, Die politischen Parteien im Verfassungsrecht, Tübingen 1950, S. 16/17.

[26]) Lohmar a. a. O. S. 9/10.

Zur Theorie industrieller Entwicklungszentren bei François Perroux

Claus Rolshausen

I. Die Krise der Staatssouveränität

Die Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher Macht und territorialer Souveränität als grundlegende Spannung in den industriellen Gesellschaften westlicher und östlicher Prägung bildet das Kernstück der Perrouxschen Theorie industrieller Entwicklungszentren. In dieser Theorie, die er als Werkzeug der Funktionsanalyse und als „Erklärungsmittel für geschichtliche Entfaltungsprozesse" versteht, löst Perroux den Begriff einer nationalstaatlichen Wirtschaft kritisch auf: deren Widersprüche bestehen in einer nach Regionen differenzierten Wirtschaftspolitik für das Innere des Landes, die der Logik des festen Anlagekapitals entspricht, während man gleichzeitig nach außen hin die Volkswirtschaft in ein größeres Ganzes einzugliedern sucht und einen gleichen Entwicklungsgrad der einzelnen Volkswirtschaften fingiert. Zusammenschlüsse der Wirtschaftsmacht mehrerer Staaten — beispielsweise ein Kleineuropa der Sechs — sollen die „Unzulänglichkeiten ihrer für moderne Technik und moderne Wirtschaft zu klein gewordenen Gebiete ausgleichen" [1]), ohne daß die politischen Territorialorganisationen aufgegeben werden[2]).

Partielle Maßnahmen wie Abbau der Zollschranken und Harmonisierung der Steuer- und Sozialpolitik bringen auf einer umfassenderen Stufe sich reproduzierende monopolistische und oligopolistische Organisationen hervor, die sich nach der Verteilung und Wirkung örtlich fixierter Kapitalien und sozialer Trägheitsformen strukturieren. Ökonomisch effektiv können Integrationsbemühungen nur dann sein, wenn alle Investitionen an der Zielsetzung der entstehenden Makroeinheit orientiert und von nationalen Interessen abgelöst sind. Wachstum und Fortschritte der Gesamtheiten bleiben so lange ungleich verteilt, wie die Kräftefelder politischer und wirtschaftlicher Entwicklung disparaten Organisationen unterstehen, die unvermittelt erscheinen, obwohl — nach Perroux — politische Macht nur noch durch ihr ökonomisches Substrat definiert werden kann.

Das Staatsgebiet ist inhomogener Betätigungsraum einer Volkswirtschaft, der durch Agglomorationen von Wachstums- und Ausstrahlungszentren, Zonen des Beharrens und der Rückbildung überformt wird. Die sich in einer nationalstaatlichen Politik ausdrückende Staatssouveränität ist durch technische Neuerungen und den Monopolgrad der Großindustrien verwandelt und kann sich legitim nur noch durch funktionelle „industrielle Entwicklungs- oder Produktionszentren" äußern, deren Kräftefelder nicht durch staatliche oder nationale Grenzen bestimmt sind.[3])

Indiz für die sich langsam aneinander umformenden funktionellen und territorialen Kräfte ist die „Grundtatsache, daß heute alle großen Zentren der Energieerzeugung, der

Rohstoffgewinnung, der Schwerindustrie schon aus territorialen Gründen genötigt sind, ihren Austausch über Territorien zu erstrecken, die sehr viel größer sind als die heutigen Staaten".[4])

II. Aktive und passive Volkswirtschaften in West und Ost. Die Grundhypothesen des internationalen Warentausches

Perroux unterscheidet zwischen Staaten, die Wirtschaftskräfte ausstrahlen, „aktive" Volkswirtschaften haben und solchen, die ersteren in mehr oder minder großer Abhängigkeit angeschlossen, „passiv" sind und nahezu ausschließlich Wirtschaftskräfte empfangen und weitergeben. Aktive Volkswirtschaften gründen in industriell weniger entwickelten Gebieten industrielle Komplexe[5]) und schaffen damit ausländische Abhängigkeitsgebiete.[6]) „Das ergibt beständige Strukturen und bewirkt für längere Zeit kumulative Entwicklungsstöße und kumulative Ungleichheiten zum Vorteil der ausstrahlenden Länder." [7])

„Zentren"	„Klienten"
1. Vereinigte Staaten von Nordamerika	alle Länder der westl. Halbkugel ohne Argentinien, Uruguay, Paraguay
2. Großbritannien	Commonwealth, Iran, Sudan, Äthiopien
3. Europa der OEEC (im Gegensatz zu 1. und 2. ohne gemeins. Landgebiet, Geschichte und Willen)	Mitglieder und überseeischer Besitz

Jedes der Zentren, unter denen die Vereinigten Staaten auf Grund der Vielheit der Zentren industrieller Machtentfaltung dominieren, bestreitet ungefähr ein Drittel des gesamten Welthandels; die angeschlossenen Klienten wickeln 30% oder mehr ihres gesamten Außenhandels mit einem dieser Zentren ab; der Austausch ist bilateral organisiert und hat eine konstante Struktur in bezug auf Umfang und Richtung.

Als gemeinsame Merkmale der größten Ausstrahlungsländer, die Komplexe von Industrien bilden, welche nicht im System der klassischen Konkurrenz stehen, da die neuen Industrien immer eine gewisse Monopolstellung einnehmen, führt Perroux an, daß sie die ersten Exporteure von Fertigprodukten waren, große Zentren von Wirtschaft und Finanz sowie äußere materielle Basen besitzen, die durch direkte und politisch gesteuerte Außeninvestitionen gestützt werden. [8])

Die Strukturen der Bindungen entsprechen nicht den Grundhypothesen über den internationalen Warenaustausch. Der „private" Außenhandel ist durch innere Eingriffe des Staates (intergovernment trade) mit dem Ziel beeinflußt, die inneren Austauschbeziehungen abzustimmen, Neuerungen zu subventionieren, Industrien zu gründen oder die Investitionen zu koordinieren. Die Außeninvestitionen — vor allem in Form neuer Unternehmungen — widersprechen der Theorie des internationalen Gleichgewichts und der Theorie der internationalen Verteilung der Kapitalien. Internationale Kartelle kontrollieren die industriellen Produktionszentren, schließen Übereinkünfte über die Ausfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln und unterbinden den Handel auf organisierten Märkten. Ferner gründen die Volkswirtschaften der Ausstrahlungsländer Organisationen zur Regulierung der Preise und Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklung in den abhängigen Territorien. Aus der Art und Intensität der Bindungen ergibt sich der Mechanismus des abhängigen Wachstums und eine Ungleichheit der Wirtschaftsstrukturen: das Wachstum des Realprodukts dieser Volkswirtschaften ist eine Funktion der von außen eingeführten Neuerungen und Investitionen.

Die grundlegende Unterscheidung von Ausstrahlungszentren bzw. -ländern und Klienten ist auch auf die östlichen Länder anwendbar. Rußland, der dominierende Partner — „abgeleitete" Kräftezentren sind Mitteldeutschland, die Tschechoslowakei und Ungarn —, wirkt durch direkte, nur zweiseitige Wirtschaftsbeziehungen von Staatsregierung zu Staatsregierung asymmetrisch auf die angeschlossenen Volkswirtschaften ein und erzeugt so eine „Wirtschaft des dauernden Ungleichgewichts", Gegenbild zu einer sozialistisch organisierten Völkergemeinschaft mit gemeinsamer Beratung oder einem Zusammenschluß mehrerer Nationalstaaten zur Bildung industrieller Komplexe.

Die strukturelle Abhängigkeit entstand in einer Periode langfristiger Entwicklungspläne und Abkommen von 1948 bis 1954 [9]) und konnte durch einen Versuch der Abstimmung der Pläne, die großzügige Gewährung von Krediten und durch Versuche zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen nicht aufgehoben werden. Die bilateralen Verträge, abgeleitet aus den sachlichen Interessen der Zentralmacht, haben durch den Entwurf nationalere Produktionspläne, die eine massive Industrialisierung durch den Aufbau einer Schwerindustrie vorschreiben, ein unverbundenes, auf Rußland ausgerichtetes Nebeneinander hervorgerufen. Der Gesamtkomplex der osteuropäischen Staaten war nach Perroux niemals einer einheitlichen Investitionspolitik unterstellt und niemals durch eine allgemeine Politik der Arbeitsteilung zusammengefaßt. Das Paradoxon des sozialistischen Lagers besteht in den einander widersprechenden Ideologien des Vorrangs der Schwerindustrie und der nur nationalen Sozialismen, „in der beschleunigten Industrialisierung durch schwerindustrielle Kombinate und andererseits der Gründung von getrennten Entwicklungsbasen für die sozialistische Produktion jedes Einzelstaates".[10]) Die innere Krise des Systems zeigt sich darin, daß mit der bevorzugten Entwicklung von Investitionsgütern ein inflationistischer Druck entsteht, dem ein Zuwachs der Produktivität in der Landwirtschaft und der Konsum- und Gebrauchsgüterindustrie

entgegenstehen müßte, da der starre Bilateralismus Einfuhrmöglichkeiten abschneidet.
Rußland ermutigt seine Klientenstaaten zu langfristigen Abkommen mit den westlichen Ländern, da es nicht genügend Rohstoffe, Investitions- und Gebrauchsgüter liefern kann. Die Propagierung eines stärkeren Austauschs nach Maßgabe einer Einigung Osteuropas oder einer partiellen Übernahme westlicher Methoden kaschiert das sachliche Kalkül in den östlichen Entwicklungsplänen:

„Die Pläne der Volksdemokratien setzen sich für ihre Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten keineswegs das Ziel, einen solchen Austausch weiter auszubauen, ohne genau den Inhalt und die Folgen zu bedenken — wir haben uns nämlich vorgenommen, nur solche Beziehungen auszugestalten, welche die sozialistische Stellung des vertragsschließenden Staates verbessern."[11])

Die forcierte Industrialisierung bedarf ergänzender Importe aus westlichen Ländern und ist nur möglich, wenn das Lebensniveau der Bevölkerung niedrig gehalten wird. Sie steht in Widerspruch zu der geringen Rate akkumulierten Anlagekapitals und den niedrigen Realeinkünften.[11]a)
Der Bilateralismus bleibt ohne zwingende Doktrin, die Ungleichheit der Machtverhältnisse reproduziert sich mit fortschreitender Entwicklung: Rußland ist durch Ausdehnung, Wirtschaftstätigkeit und Vertragsmacht der dominierende Partner; die Klientenstaaten ringen wegen ihrer Abhängigkeit untereinander um die Steigerungen des Außenhandels.
Perroux schließt daher, daß eine harmonische Entwicklung im sozialistischen wie auch im anderen Lager nur durch „Entstaatlichung der großen Entwicklungszentren erreicht werden kann durch deren Organisierung und Ausbau auf gemeinsame Kosten und zum gemeinsamen Nutzen und nur durch gemeinsame und rationelle Verwandlung der Medien, durch welche die antreibende Wirkung dieser Zentren sich fortpflanzt".[12])
Diese Folgerung bleibt, wie noch zu zeigen sein wird, in Perroux's technologisch orientierter Fragestellung notwendig abstrakt, da sie Wirtschaft mit einer „rationalen Ordnung der Dinge und der menschlichen Beziehungen" identifiziert, ohne politischen Bedingungen und Interessenkonstellationen nachzugehen.

III. Entwicklungsbedingungen der industriellen Kräftezentren. Einwirkungen auf Wachstumsperioden, zyklische Schwankungen, Außenhandel

Zur Analyse der Entwicklungsbedingungen für industrielle Kräftezentren führt Perroux den Begriff der Antriebseinheit ein und stellt deren Beziehung zu weiteren Wirtschaftskomplexen dar.
Das Kräftezentrum

„ist ein Antriebsmotor für neue wirtschaftliche Tätigkeiten, und seine Interessen (und die, welche man ihm entgegenbringt) beruhen auf seiner Macht der Vervielfältigung"[13])

und:

„eine Produktionsstätte (eine Firma) wird dann zur Antriebseinheit, wenn sie fähig ist, auf andere Einheiten oder Firmen Einflüsse auszuüben, welche den Umfang dieser letzteren vergrößern, deren Strukturen verwandeln, deren Organisationstypen verändern und dadurch auch bei anderen Firmen wirtschaftliche Fortschritte erzeugen oder fördern".[14])

Die Struktur dieser „Makro-Einheit" ist durch eine teilweise Zuordnung der Pläne der einzelnen Einheiten gekennzeichnet.
Für seine Analyse reduziert Perroux den vielschichtigen Komplex auf den Begriff einer Firma, deren Wachstum in einer trägeren Umgebung erfolgt. Dieser Ansatz resultiert aus der Beobachtung der Geschichte industrieller Entwicklung und dem Modell einer Wirtschaft, in dem das Wachstum nicht durch die Zunahme schon vorhandener Nachfrage veranlaßt wird, die sich gleichzeitig auf alle produzierenden und anbietenden Einheiten bei freier Konkurrenz und stabilen Verhältnissen verteilt („vollkommene Konkurrenz in komparativer Statik"), sondern durch den die anderen Firmen weiter bewegenden Antrieb eines Großunternehmens („ungleiche Einflüsse in dynamischer Entwicklung").
Das Großunternehmen nimmt mit ausgewählten Firmen eines zunächst homogen vorgestellten Wirtschaftsraumes den Austausch auf, und jetzt „beginnt ein nicht gleichmäßig verteilter Verkehr, ein nicht kompensierter Strom von Gütern, Dienstleistungen, Kapitalien zwischen dem Großunternehmen und den ausgewählten Firmen zu fließen. Der Austausch ... ist nun größer als der Austausch all dieser kleinen Firmen untereinander".[15]) Wesen und Größe der Kleinfirmen ändern sich mit den wechselnden Formen und Größen der Angebote und Nachfragen des Großunternehmens.
Die Umwelt des Großunternehmens besteht nun nach der Grundhypothese von Perroux nicht aus einer territorial begrenzten Volkswirtschaft, sondern aus dem Wirtschaftsraum dessen, der dieses Zentrum direkt oder indirekt durch Käufe, Kredite und Aufträge kontrolliert. Zur Verdeutlichung weist Perroux darauf hin, daß sich im Kräftefeld des Erdöls industriell orientierte Firmeninteressen institutionell zu „Volkswirtschaften" und einer Art „ständiger Weltregierung der Wirtschaft" (A. Berle) ausgebildet haben.
Unter der Voraussetzung einer langen Wachstumsperiode[16]), die mehrere Zyklen oder Wellen überlagert und in der die Zuwachsrate des Sozialproduktes eine positive oder negative Beschleunigung aufweist, wirkt die schöpferische Wirtschaftseinheit bei unüberschreitbaren Maximalwirkungen folgendermaßen auf ihre Umgebung ein:

1. Sie erzeugt aus technischen Gründen eine Verringerung von Produktionskosten innerhalb

eines größeren Wirtschaftskomplexes, indem sie entweder neue Produkte anbietet (vor allem Dienste oder Materialien) oder niedrigere Realkosten ermöglicht. Die „technisch optimale Dimension", die sich als Folge diskontinuierlicher zusätzlicher Investitionen ergibt, ist mit der Größenordnung erreicht, die mit Rücksicht auf die gerade noch möglichen Absatzmengen die niedrigsten durchschnittlichen Gesamtkosten bedeutet.[17]) Die Herabsetzung der Kosten ist eine Funktion des Umfanges und der Struktur der Gesamtheit von Firmen und eine Funktion der Zeitspanne, in der die optimale Dimension erreicht wird.

2. Die schöpferische, antreibende Wirtschaftseinheit bewirkt zusätzliche komplexbedingte Profite, die sich aus den Geschäftsverbindungen ohne vorherige Einplanung ergeben, jedoch kann das Großunternehmen in seinen Berechnungen bereits die zusätzlichen Profite vorwegnehmen und mit den Kleinfirmen einen gemeinsamen Block bilden, innerhalb dessen die Verteilung der Produktionsfaktoren nahezu reibungslos vonstatten geht. Die zusätzlichen Profite können sich ferner aus bestimmten, an die Marktordnung gebundenen Preisen ergeben oder aus einer Umverteilung der Macht innerhalb der kontrollierenden Interessentengruppen von Wirtschaft, Finanz und öffentlicher Verwaltung.
3. Die schöpferische Wirtschaftseinheit löst durch sogenannte unteilbare Investitionsblocks komplementäre Investitionen aus, die wiederum Gewinne abwerfen.
4. Die schöpferische Wirtschaftseinheit bildet durch ihre Fixierung an einen Ort (Rohstoff- und Energiequelle) territoriale Zusammenballungen, indem sie komplementäre Tätigkeiten und Gründungen nach sich zieht und einen Ausbau der Verkehrsmöglichkeiten veranlaßt.

Eine Mehrzahl schöpferischer Wirtschaftseinheiten, „Komplexe von Firmen ..., welche durch den Differenzierungsgrad der Produkte oder Dienste charakterisiert werden, die sie auf dem Markt anbieten"[18]), und ihre Verbindungen untereinander lassen nach Perroux eine Erklärung der Wachstumsperioden zu.[19]) Perroux weist nach, daß die lange Welle industriellen Wachstums von 1850 bis 1870 mit zwei antreibenden Arten wirtschaftlicher Tätigkeiten verknüpft ist: dem Ausbau der Eisenbahn und der Verbreitung der modernen Kreditformen; insgesamt bringen die so angeregten Industrien eine neue Infrastruktur des Marktes hervor.

Andere Industrien vergrößern den Wachstumskoeffizienten des Realproduktes. Ihr Beschleunigungsfaktor ist anfänglich sehr groß, wird jedoch mit der Entwicklung kleiner. Die Gründe dafür liegen in einer Stabilisierung der realen Kosten und einer Ausweitung des Anlagekapitals, die nur noch partielle Modernisierungen zuläßt, sowie in einer entwicklungsbedingten Sättigung des Marktes und im Wegfall der Gründer- und Spekulationskredite bei sinkender Profitrate. Das Absinken des Wachstumssatzes wird durch neu entstehende junge Industrien ausgeglichen. „Durch ihren Einfluß auf den Nettoüberschuß und auf die Gesamtproduktion wirken sie den Neigungen der gereiften Industrien entgegen, ihre Produktion und ihre Produktivität stationär zu gestalten oder sogar schrumpfen zu lassen."[20])

Bei der Analyse der zyklischen Schwankungen geht Perroux von den Tatsachen aus, daß die Preissteigerungen bei bestimmten Investitionsgütern beginnen und die großen Neuerungen und neuen Industrien mehrere Wellenbewegungen überlagern.

Strukturierte Komplexe der Wirtschaft entstehen durch „drei Typen des komplexen und nichtkontinuierlichen Wachstums der Investitionstätigkeit"[21]).

1. Bestehende Industrien entfalten sich, erneuern sich unter monopolistischer Konkurrenz und führen, der technischen Entwicklung folgend, Neuerungen ein.
2. Neue Industrien entstehen und bauen unter gleichen Bedingungen ihre Produktionskapazität aus.
3. Neuerungen und Investitionen werden durch den öffentlichen Sektor veranlaßt.

In den beiden ersten Fällen üben große Firmen (bzw. Firmengruppen) asymmetrische und unumkehrbare Wirkungen auf ihre Umgebung aus.

> „Die höchste Zuwachsrate des Sozialprodukts, die für lange Wachstumsperioden aufrechterhalten werden kann, ist immer Funktion des jeweils am besten strukturierten Zusammenwirkens von Neuerungen und Investitionen durch die neuen Industrien, durch die schon eingeführten Industrien und durch die öffentlichen Unternehmungen."[22])

Das Abbrechen der Konjunktur in einer zyklischen Periode erklärt sich daraus, daß die „Wachstums- und Expansionskräfte der strukturierten Komplexe nicht durch einen Mechanismus des Marktes untereinander vereinbar gemacht (werden)[23]) und bei den „bewegenden Großunternehmen" in den einzelnen Sektoren der Wirtschaft Gleichgewichtsstörungen auftreten: Jeder industrielle Komplex fordert zunächst zu weiterer Ausdehnung auf, gibt dann aber auch die Folgen einer Verlangsamung oder des Endes seiner Expansion weiter, ohne der allgemeinen Disziplin des Kapitalmarktes unterworfen zu sein.

Die Investitionen, die nach dem erwarteten Zuwachs der Nachfrage erfolgen, bestehen aus technisch wie auch finanziell unteilbaren Komplexen von Anlagekapital, die von eingeführten, schon mit großen Anlagekapitalien belasteten Firmen in gleicher Weise beantwortet werden. Die Folge davon ist, daß sich die Investitionen nicht in den Grenzen der Gesamtnachfrage, der Gesamtersparnisse und der verfügbaren Mittel halten. Durch die zyklische Rückbildung werden jene Firmen ausgeschaltet, welche sich am

schlechtesten den monopolistischen Bedingungen und dem Eingreifen der öffentlichen Hand angepaßt haben.
Zusammenfassend stellt Perroux fest, daß die Zuwachsrate der volkswirtschaftlichen Produktivität — das Verhältnis zwischen dem erzielten Realprodukt und dem Wert der dafür aufgewendeten Kosten oder das durchschnittlich erzielte Produkt pro Arbeitsstunde — direkt von den antreibenden Industriekomplexen abhängt. Die Entwicklung der Produktivität ist eine Funktion der Produktivität der bewegenden und beeinflußten Wirtschaftseinheiten und der Verbreitung solcher Wirkungen von einer Zone zur anderen.
In der modernen Ausprägung verweist die Außenhandelstheorie darauf, daß durch die unterschiedlichen Zuwachsraten in der Produktivität der einzelnen Volkswirtschaften das Zahlungsbilanzgleichgewicht dauernd gestört wird; diese Unterschiede hängen nicht so sehr von der Verschiedenheit der Ausstattung mit natürlichen Produktionsfaktoren als von der Heterogenität der betreffenden Volkswirtschaft und der Konzentration der Produktionsmittel ab. Der technische Fortschritt und das Tempo seiner Verwirklichung ist von Staat zu Staat verschieden, ebenso die politisch motivierten Preissenkungen oder Erhöhungen der Gehälter, die Importneigung und vieles andere.
Die große Bedeutung der antreibenden Industrie für die Produktivitätszunahme, die oben beschrieben wurde, wird durch die Fähigkeit ergänzt, „neue Kräftezentren zu gründen, besonders in den Entwicklungsländern".[24])

IV. Feindliche Koexistenz

Auf diesen dritten Märkten stehen sich Amerika und Rußland eroberungsbereit gegenüber; sie selbst sind nur durch geringe Außenhandelsbeziehungen miteinander verbunden, da sie in ihren eigenen oder den von ihnen abhängigen Gebieten alles Erforderliche erzeugen können. Bei einer strengen Durchführung des Prinzips regionaler Autarkie müßten sie aber den eigenen Konsum stark ausdehnen und alle expansiven Möglichkeiten aufgeben. Solange über die friedlichen Absichten des Gegners keine Gewißheit herrscht, sind beide Komplexe gezwungen, für möglichst hohe Zuwachsraten der Investitionen und Ersparnisse zu sorgen und eine „Politik der parallelen Entwicklung von miteinander wetteifernden Kräftezentren für neue Industrien im Zeichen des planmäßigen Ausbaues"[25]) zu führen. Jenseits der Ideologien drückt sich der Gegensatz im Außenhandel aus:

> „Auf dem Gebiet des Außenhandels sind weder die friedlichen Vorstellungen von einer natürlichen internationalen Arbeitsteilung noch diejenigen von industriellen Kräftezentren, die aus den Mitteln und für die Zwecke der beiden Lager gemeinsam errichtet werden, in irgendeiner Weise mit Einhegungen der Wirtschaft vereinbar, die ein Mittel und zugleich ein Symbol für die gewaltsame Einhegung einer kompakten menschlichen Gesellschaft sind."[26])

Perroux negiert auch die Möglichkeit einer Spezialisierung des Konflikts angesichts einer „total sich einsetzenden totalitären Gesellschaft", welche die Importe nur zum Ausgleich von Saisonschwierigkeiten, Engpässen und Rückschlägen benutzt.
Obwohl industrielle Komplexe und Investitionsblocks ausgeführt werden, wirkt die Auseinandersetzung auf die Weltwirtschaft in Richtung unproduktiver Spartätigkeit und Investitionen für Rüstungsausgaben.
Wenn der Gegensatz beider Koalitionen gemildert werden kann, wird die wirksamste Form der Zusammenarbeit die gemeinsame Errichtung industrieller Kräftezentren sein — die Interessen der großen Imperien vereinigen sich „in der großen Aufgabe einer politischen Ökonomie des ganzen Menschengeschlechts".

V. Die Hypothese der Wirtschaft des Menschen

Die Konzeption einer Wirtschaft des Menschen scheint durch Tendenzen begünstigt zu sein, die eine Angleichung oder Konvergenz der westlichen und östlichen Gesellschaften bewirken. Der Dualismus von Kapitalismus und Kommunismus löst sich nach Perroux in „inneren Widersprüchen industrieller Gesellschaften" auf; beide Systeme stimmen überein in den Techniken zur materiellen Herstellung und Verwandlung von Sachen und in den Methoden territorialer Organisation zur Unterbauung von Macht; beide sind in ihren Eliten und Mythen vom „Ideal der Neuschöpfung des Menschen und der Welt" erfüllt. Ideologische Formen verdecken in Perroux's Analyse die politische Dimension wirtschaftlicher Konflikte. Wissenschaftlicher Humanismus als gemeinsame Basis und „ausgedehnte Grundbegriffe" beider Systeme sollen zu den Veränderungen des Unterbaus hinzutreten und eine Gleichrichtung der noch disparaten Interessen organisieren.
Die Hypostasierung der technologisch bestimmten Basis zur Determinante des ökonomischen Prozesses und letztlich auch der Interessen unterschlägt den umfassenden politischen Charakter maschineller Vollzüge selbst, auf den H. Marcuse aufmerksam gemacht hat:

> „... die im ökonomischen Prozeß angewandten Technologie und Technik (sind) mehr als je zuvor Instrumente sozialer und politischer Kontrolle."[27])

Die bloß ökonomische Analyse weist die Bedingungen einer Weltwirtschaft auf, überwindet jedoch nicht die Trennung von ökonomischer Rationalität und politischem Entscheidungsvollzug. Möglichkeiten der Koordination von Nationalismen, der Zusammenarbeit zwischen industriell verschieden entwickelten Ländern, der Verbindung und Umfunktionierung von Interessen werden ausgespart.
Perroux's Analyse spiegelt den Tatbestand, daß heute das geschichtliche Subjekt der Veränderung nicht identifizierbar ist. Interessen sozialer Gruppen, die sich auf eine Änderung des Verteilerschlüssels im Bereich der Distribution richten[28]), werden in den Dauerkompromissen der

Institutionen stillgestellt: Wandlungen, die nicht von den sich anpassenden Institutionen aufgefangen werden können, erscheinen irreal; die Stabilität der Systeme ist grundsätzlich gesichert.

Die Kritik von Perroux an den gegenwärtigen Wirtschaftssystemen impliziert die funktionalen Bedingungen einer Weltwirtschaft, deren technische Bedingungen gegeben sind. Die Kritik der Systeme wird zu einer der Nationalökonomie selbst: Wirtschaftsdenken, das sich mit der Analyse verdinglichter Strukturen bescheidet, kann die elementaren Aufgaben einer planetarischen Wirtschaft nicht thematisieren. Sie bestehen — nach Perroux — in der Ernährung und Pflege des Menschen und der Befreiung der Sklaven.

Indem Perroux aber ökonomische Rationalität mit einer rational ihre Bedürfnisse regelnden Gesellschaft gleichsetzt, ohne beide Momente zu vermitteln, reduziert er die Kategorie der Machbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse auf die subjektiv gerichtete Dezision von Managern oder Eliten. In diesem Aspekt gleicht seine Utopie der „organisierten Gesellschaft" von St. Simon, in der gesellschaftlichen Arbeit, von politischen Gewalten befreit, einer Selbstverwaltung der leitenden Industriellen unterstellt ist, um die Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens rational zu regeln und den sozialen Nutzen zu maximieren. Bei beiden hebt sich Praxis mit dem hilflosen Verweis auf „sozialutopische Beschwörung" (Habermas) selbst auf. Perroux's Theorie wird in dem Maße unwahr, in dem sie sich nur an der Stringenz ihrer Befunde, nicht aber an der praktischen Aufgabe legitimiert, eine Welt zu schaffen, die den Bedürfnissen und Kräften der Menschen genügt.

---

[1]) François Perroux: La coexistence pacifique. Paris 1958. deutsch: Feindliche Koexistenz? Stuttgart 1961. S. 207

[2]) Die Konstruktion von „espaces économiques" wird vor allem durch drei — nachweislich falsche — Auffassungen verhindert:
a) **Das Staatsgebiet ist der einzige Raum politischer Sicherheit.**
b) **Das ökonomische Gebiet einer Nation ist mit dem Staatsgebiet, einem politisch organisierten Territorium, identisch.**
c) **Nationale Gleichförmigkeit ist ein Wert an sich.**
Vgl. **F. Perroux: L'avenir de l'europe et les psychoses collectives de la localisation. In: Revue synthese, 7e Année No. 77**

[3]) Vgl. a.a.O., S. 95ff

[4]) a.a.O., S. 219

[5]) Industrielle Komplexe können Wirkungsgruppen für eine gegebene Produktion oder einen Sektor komplementärer Produktionen und Einheiten von Transportmitteln sein; sie regen umfassendere wirtschaftliche Tätigkeiten an.

[6]) Durch diese Erweiterung des Wirtschaftsspielraums können die technischen Erzeugungskosten in der Regel gesenkt werden.

[7]) Perroux, a.a.O., S. 221

[8]) Die Außeninvestitionen der Vereinigten Staaten betrugen im Jahre 1951 14,9 Milliarden Dollar; ungefähr 30% der Gewinne wurden reinvestiert. 43% aller Importe stammten aus eigenen Firmen.
Um 1951 kam die Hälfte aller Gewinne Englands aus den Investitionen in der Sterlingzone und den Ölunternehmungen in Iran, Venezuela und Indonesien.

[9]) Die Pläne sehen **40—45 Prozent** der verfügbaren **Investitionen** für Bergwerke **und Fabriken vor**, 20 Prozent für **Verkehrsmittel**, 10 Prozent **für die Landwirtschaft** und den **Rest für die** Errichtung von **Verwaltungsgebäuden** und andere **öffentliche** Investitionen.

[10]) a.a.O., S. 352

[11]) Hilary Mink (polnischer Wirtschafts- und Industrieminister, 1949)

[11a]) Siehe Tabelle unten.

[12]) Perroux, a.a.O., S. 367

[13]) Perroux, a.a.O., S. 290

[14]) Perroux, a.a.O., S. 291

[15]) Perroux, a.a.O., S. 296

[16]) Diese Annahme, die sich auf die Beobachtung einer positiven Zuwachsrate über längere Zeiträume hinweg stützt, ist wegen der Möglichkeit historischer Zufälle umstritten.

[17]) Negative Auswirkungen wie Erschöpfung der Hilfsquellen, Luftverpestung etc. sind nicht so bedeutsam und können wirksam korrigiert werden.

[18]) Perroux, a.a.O., S. 312

[19]) Für seine Analyse unterscheidet Perroux bei diesen Komplexen „bewegende" und „neue" Industrien; letztere verwirklichen, indem sie die routinemäßigen Betriebsformen auflösen, eine expansive Neuerung und führen eine spezifische Produktionskapazität in die Wirtschaft ein. Das durch eine bewegende Industrie hervorgerufene Wachstum ist hingegen nicht notwendig mit entscheidenden technischen Neuerungen verbunden.

[20]) Perroux, a.a.O., S. 321

[21]) Perroux, a.a.O., S. 326

[22]) Perroux, a.a.O., S. 327

[23]) Perroux, a.a.O.

[24]) Perroux, a.a.O., S. 344

[25]) Perroux, a.a.O., S. 389

[26]) Perroux, a.a.O., S. 390

[27]) H. Marcuse: Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied und Berlin 1964. S. 16ff. Vgl. auch H. Marcuse: Perspektiven des Sozialismus in der industriell entwickelten Gesellschaft, neue kritik 31.

[28]) Die angedeutete Möglichkeit einer „Weltrevolution aus Empörung gegen den Hunger" bleibt der Theorie äußerlich.

Verteilung des Bruttosozialprodukts (in vH)

	Verbrauch	Regierungsausgaben nicht-militärische	militärische	Investitionen
Vereinigte Staaten	62,8	8,7	9,8	17,7
UdSSR	48,0	10,8	13,1	28,1

Quelle: Angus Maddison: Competitive Coexistence in Growth Rates (als Manuskript vervielfältigt).

Aspekte der wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung

Gerhard Leithäuser

„Peace research" ist heute zum Rang einer wissenschaftlichen Disziplin erhoben worden. Drei Aspekte werden herausgestellt: Abrüstung, Abrüstungskontrolle und wirtschaftliche Folgen. Die Wirtschaftswissenschaft hat sich in der Vergangenheit nur verhältnismäßig selten der Kriegswirtschaft angenommen. Erst mit der allmählichen Überwindung der Apologie bestehender Zustände in den Wirtschaftswissenschaften konnte eine wissenschaftlich fundierte Analyse der wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung begonnen werden.

Auf den international besuchten Kolloquien zu diesem Thema treffen führende Wirtschaftswissenschaftler aus Ost und West zusammen, deren Meinungen sich in vielen Spezialfragen decken — ein Anzeichen dafür, daß empirisch verifizierte Hypothesen mit allgemeinverbindlicher Gültigkeit sich durchsetzen. Auf der Konferenz am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, 1961, die in der Bundesrepublik nicht die der Bedeutung des Themas entsprechende Beachtung finden konnte, hat Jürgen Kuczynski in einer empirischen Studie gezeigt, daß die These von der Notwendigkeit hoher Verteidigungsausgaben zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit in der wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht immer und überall nachweisbar ist. Im Gegenteil: die Länder, die eine hohe Wachstumsrate der Verteidigungsausgaben aufweisen, besitzen in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle gleichzeitig eine zunehmende Arbeitslosigkeit. Eine der Ausnahmen ist die Bundesrepublik.

Im Gegensatz zur Kieler Konferenz nahmen an der diesjährigen Konferenz in Oslo (Conference on Economic Aspects of World Disarmament and Interdependence, Oslo, August 29 — September 1, 1965) nur Wirtschaftswissenschaftler aus der westlichen Hemisphäre teil. Unter ihnen: F. Baade (Kiel), A. Bergson (Havard), Leif Johannsen (Oslo), A. P. Lerner (Michigan), F. Perroux (Paris), J. Tinbergen (Rotterdam), R. Triffin (Yale), W. Leontief und A. Nove hatten Beiträge geschickt.

Auf der Konferenz wurde versucht, die wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung empirisch-statistisch und analytisch zu erfassen.

Beschreibung der wirtschaftlichen Abrüstungsprobleme

Der Analyse geht zunächst eine Bestandsaufnahme voraus, d. h. die Beschreibung der Rüstungslasten in verschiedenen Ländern im Verhältnis zu den dringlichen wirtschaftlichen Aufgaben, die in diesen Ländern und im Weltmaßstab ungelöst geblieben sind. Die vergleichende Berechnung der Rüstungslasten in verschiedenen Ländern bringt statistische Schwierigkeiten mit sich, die vor allem aus Definitions- und Bewertungsproblemen bestehen. Die folgende Tabelle gibt einige Beziehungen zwischen Rüstungsausgaben und wichtigen makroökonomischen Variablen wieder. Die ausgewiesenen Beziehungszahlen haben selbstverständlich nur indikativen Aussagewert. Die Zahlen für Frankreich z. B. sind eher zu niedrig gegriffen. Die Aussagefähigkeit der Beziehungszahlen variiert mit dem Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung: relativ gleiche Rüstungslasten für Portugal und die Vereinigten Staaten haben ein sehr ungleiches wirtschaftliches Gewicht. (Tabelle s. S. 26)

Dennoch können einige grundsätzliche Tatbestände aus der Tabelle entnommen werden. Die Bundesrepublik als drittgrößte Industriemacht der Welt gibt rund 5 Prozent des Bruttosozialprodukts oder 9 Prozent des Verbrauchs der privaten Haushalte für die Aufrüstung aus. Bei der Größe der absoluten Ausgangszahlen ist es klar, daß die Bundesrepublik in wenigen Jahren eine im Weltmaßstab bedeutende Militärmacht sein wird. Die Vereinigten Staaten erreichen den Wert von 14,4 Prozent des Verbrauchs der privaten Haushalte für Rüstungsausgaben. Gerade das Verhältnis der Rüstungsausgaben zum Verbrauch der privaten Haushalte zeigt an, daß heute durch die Rüstungsausgaben ein erheblicher Konsumverzicht verlangt wird. Man sollte dabei nicht übersehen, daß in den statistischen Untersuchungen über die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte der Anteil der Ausgaben für „Bildung, Unterhaltung, Erholung" z. T. erheblich niedriger lag.

Das Investitionsvolumen ist von besonderer Bedeutung für die langfristigen Wachstumschancen eines Landes. Die Beziehung zwischen Rüstungsausgaben und Investitionsvolumen gibt an, um wieviel Prozent das Investitionsvolumen maximal erhöht werden könnte, wenn die gesamten Rüstungsausgaben für Investitionszwecke ausgegeben würden. Die entsprechende Zahl für die Vereinigten Staaten beträgt 78,1 Prozent!

Ein Blick auf die Rüstungsausgaben Portugals, das seit Jahren in Kolonialkriege verwickelt ist, zeigt, in welchem Maß die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes kompromittiert wird. 40 Prozent des Budgets für Rüstungsausgaben in einem Land mit niedrigem Bildungsniveau und einer

Länder 1962	Rüstungslasten in Prozent des Budgets	des Bruttosozialprodukts	des Verbrauchs der privaten Haushalte	der Investition	Entwicklungshilfe in Prozent des Bruttosozialprodukts	der Rüstungsausgaben
NATO-Länder	34,9	7,3	11,6	54,2	0,6	8,2
darunter:						
Frankreich	20,3	4,6	7,0	30,7	1,1	23,5
BRD	31,6	5,1	8,9	25,9	0,5	8,9
Italien	19,5	3,3	5,3	19,8	0,2	7,3
Portugal	40,0	6,6	9,3	44,3	1,5	23,2
Verein. Königr.	20,6	6,4	9,8	50,8	0,5	7,7
USA	43,5	9,0	14,4	78,1	0,6	7,1
COMECON	19,9	8,4	—	—	—	3,9
darunter:						
Tschechoslowakei	9,2	5,0	11,3	—	0,9	18,5
Polen	9,7	4,2	7,0	24,1	0,7	17,0
UdSSR	22,0	9,0	—	—	—	2,8
Lateinamerika	14,1	2,6	3,8	—	—	—
VR China	10,4	—	—	—	1,4	—

erheblichen Zahl von Analphabeten! Das Wirtschaftswachstum könnte durch höhere Investitionsleistungen erheblich beschleunigt werden, die an die Stelle der Rüstungsausgaben in Höhe von 44,3 Prozent des Investitionsvolumens zu treten hätten. Nur die „Hilfe" der übrigen NATO-Partner, u. a. der Bundesrepublik, erlaubt es überhaupt, eine solch unsinnige Politik weiterzubetreiben.

Die Tabelle legt nahe, die Rüstungsausgaben anderen Zwecken zuzuführen: sei es andere Posten des Budgets zu dotieren, den Verbrauch der privaten und/oder das Investitionsvolumen und damit das Wirtschaftswachstum auf lange Sicht zu erhöhen. Eine weitere Verwendungsmöglichkeit wäre eine substantielle Erhöhung der Entwicklungshilfe, wo die Bundesrepublik als hochentwickelte Industrienation eine wenig rühmliche Rolle spielt. Beträge in Höhe von nur 0,5 Prozent des Bruttosozialprodukts — die UNO empfiehlt 1 Prozent, also das Doppelte — oder 8,9 Prozent der Rüstungsausgaben werden von der Bundesrepublik an die Entwicklungsländer abgegeben. Die Aufgaben, die hier auf die industrialisierten Länder zukommen, hat Prof. Baade auf der Osloer Tagung am Beispiel Indiens illustriert, dessen Bevölkerung über ein Drittel der unterentwickelten Länder ausmacht. Der Nahrungsmitteldefizit in Indien ist im Laufe des II. Plans (1956—1961) von einer Million Tonnen Getreidewert auf vier Millionen Tonnen angewachsen. Am Ende des III. Plans (1961—1966) wurde von „Ford Foundation Commission" eine Studie ausgeführt, nach der die landwirtschaftliche Produktion heute 85 Millionen Tonnen Getreidewert beträgt. Die nach einem Kalorientest erforderliche Produktion müßte 110 Millionen Tonnen betragen. Das Defizit beträgt demnach 25 Millionen Tonnen. Indien erhält heute von den USA eine Hilfe von 7 Millionen Tonnen. Die Schere wird sich weiter öffnen. Die Bevölkerungsentwicklung ist rascher als selbst die pessimistischsten Schätzungen angenommen haben, und das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion unregelmäßiger und langsamer als vorausgesehen. Die industrielle Entwicklung vollzieht sich stockend. Infolge von Zufuhrschwierigkeiten arbeitet die indische Industrie durchschnittlich mit 40 Prozent ihrer Kapazität. Die Zahlungsbilanzprobleme sind heute schon sehr groß und werden am Ende des IV. Plans (1966—1971) nahezu unüberwindlich sein. Ähnlich ist die Situation in Pakistan, in Indonesien und in der Türkei.

Das Mißverhältnis zwischen den steigenden Rüstungslasten, auch in den Entwicklungsländern selbst, dem Krieg zwischen Indien und Pakistan und den ungelösten weltwirtschaftlichen Problemen beginnt langsam in das allgemeine Bewußtsein einzudringen. Die Distanz aber zwischen den objektiven Möglichkeiten und der heutigen Wirklichkeit, global betrachtet, vergrößert sich weiter.

Versuch der analytischen Bewältigung

Aristokratisch-feinsinniger Pessimismus vor der drohenden Katastrophe, Partialinteressen, verpflichteter Zweckrationalismus der „ehernen Notwendigkeiten" oder einfaches

Darüberhinwegsehen sind gängige Verhaltensmuster gegenüber der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage. Diese Klischees sind heute so verfestigt, daß jede analytische Bewältigung, die gar noch auf konkrete Änderungsvorschläge hinausläuft, als „utopisch" belächelt wird. Analytische Ansätze aber fehlen dennoch nicht, und aus der Fülle der Vorschläge auf der Osloer Tagung soll hier kurz auf die Analyse von François Perroux eingegangen werden, die schon in der Grundidee seines Buches „Feindliche Koexistenz" enthalten ist.

Perroux situiert seine Idee im Kraftfeld des technischen Fortschritts, der heute vor allem von der Raumfahrt- und der Atomindustrie hervorgebracht wird. Die traditionellen Institutionen sind ungeeignet, eine optimale Verteilung des technischen Fortschritts und seiner wirtschaftlichen Früchte unter den Nationen sicherzustellen. Traditionalistisch verstandene nationale Grenzen werden zu Hindernissen seiner Verbreitung. Ungeheure Aufwendungen werden zur mehrfachen Erfindung ein und desselben Verfahrens oder Erzeugnisses vergeudet und zur Aufrechterhaltung anachronistischer Dominationsverhältnisse mißbraucht.

Große oligopolistische Firmen in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Instanzen der großen Industrienationen aber höhlen die überkommenen Wirtschafts- und Sozialsysteme aus, und neue Herrschaftsverhältnisse entstehen, in denen die großen industrialisierten Nationen (USA, UdSSR) eine Reihe von Satelliten technologisch und wirtschaftlich beherrschen. Die Konzeption des Privateigentums an den Produktionsmitteln, so wie sie im Konkurrenzkapitalismus des 19. Jahrhunderts definiert wurde, ist im Begriff, zur ideologischen Leerformel zu werden. Dasselbe gilt für die Nationalwirtschaft, die heute nur noch für traditionelle Industriezweige, wie Holz, Leder etc., beschränkte Gültigkeit hat. Die neuen Industrien: Atomindustrie, Elektronik, Raumfahrtindustrie, die die zukünftige Industriestruktur und ihr folgend auch die Sozialstruktur ändern werden, sind international organisiert. Der institutionelle Rahmen und die herrschenden Ideologien haben die Strukturänderungen nicht mitvollzogen und stören die zur Verbreitung des technischen Fortschritts erforderliche Interdependenz.

Es wird bei Perroux kein Zweifel gelassen, daß Abrüstung nicht gleichzusetzen ist mit dem Verschwinden des Krieges. Soziale, wirtschaftliche und ideologische Kriegsgründe werden aller Voraussicht nach unter strukturell verschiedenen Staaten mit ungleichem wirtschaftlichem Entwicklungsniveau weiterbestehen. Das Auftreten aber der neuen internationalisierten Industrien führt zu einer wechselseitigen Durchdringung der konkurrierenden Machtblöcke und fordert unter dem Druck der wechselseitig drohenden Vernichtungsmöglichkeiten die Anpassung des institutionellen Rahmens und der Ideologien an die neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirklichkeit. Ein weltweiter Entwicklungsplan, supranationale Transport- und Fernmeldesysteme und funktionale Organisationen zur Lösung von Regionalproblemen usw. sind die Vorläufer einer friedlichen Weltwirtschaft. Der Abrüstung aber kommt die erste und hervorragendste Rolle im neuen Anpassungsprozeß zu. Das zunehmende Kriegspotential an sich ist schon ein wesentlicher Kriegsgrund. Eine substantielle Herabsetzung der Rüstungslasten aber kann die Mittel freisetzen, die zur Überwindung der strukturellen sozialen und wirtschaftlichen Konfliktsituationen notwendig sind — also den circulus vitiosus aufbrechen, in dem die sozialen und wirtschaftlichen Konfliktsituationen zu erhöhten Rüstungslasten führen, und die erhöhten Rüstungslasten die wirtschaftlichen und sozialen Konfliktsituationen verschärfen, indem sie einen unersetzlichen Teil der Ressourcen der wirtschaftlichen Entwicklung entziehen und im unproduktiven „Militärverbrauch" festlegen.

Die Analyse Perrouxs sieht die in jeder sozialistischen Analyse im Zentrum stehenden Probleme des Klassenkampfes als zweitrangig an. Perrouxs Erkenntnisse geben daher keine sozialistische Lösung einer Politik der Abrüstung. Sie zeigen allerdings an, daß Abrüstung ohne grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im Sinne der sozialistischen Theorie in den betreffenden kapitalistischen Ländern möglich ist. Auch Oskar Lange ist der Auffassung, daß im Falle einer radikalen Abrüstung, etwa durch eine intensive Entwicklung des Ost-West-Handels, der als wirtschaftlicher Ausgleich für die Rüstungswirtschaft fungieren würde, die kapitalistischen Länder bis zu einem gewissen Grade stabilisiert werden könnten.

KAPITALISMUS - RÜSTUNGSWIRTSCHAFT
WESTEUROPÄISCHE ARBEITERBEWEGUNG -

Tagung des Sozialistischen Bundes und des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes am 6./7. November 1965

mit den Referaten von Prof. E. März, Dr. Th. Prager und E. Mandel sowie Diskussionsbeiträgen u. a. von Prof. W. Abendroth, Prof. N. Birnbaum, Prof. H. Heydorn und Prof. O. Flechtheim

Das Protokoll erscheint demnächst

verlag neue kritik

Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus

Man muß das Buch von Fritz Vilmar „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“[1]) loben: es ist lesbar, und es verarbeitet eine große Menge Material. Man kann also hoffen, daß dieses Buch beim nächsten Ostermarsch viel gelesen wird. Der Teil über die Bundesrepublik erscheint in dieser Form wohl zum ersten Mal. Er ist sehr notwendig. Auch wenn man tendenziell die Verhältnisse um Rüstung und Abrüstung in den USA auf die Bundesrepublik übertragen kann, so ergeben doch die originalen Daten über die Rüstungsinteressen in der bundesrepublikanischen Wirtschaft einen spezifischen Eindruck.

Wesentlich ist Vilmars Buch zentriert um die Analyse des Zusammenhangs von Rüstung und Kapitalismus (die Probleme sozialistischer Wirtschaft und Gesellschaft werden nur marginal herangezogen). Der prägende Einfluß der Rüstungsindustrie auf das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben wird mit eindringlichem Material aufgewiesen: zugunsten der Rüstung werden viele Gemeinschaftsaufgaben zurückgestellt, der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ vertritt die Interessen der sozial Mächtigen. Daß die Macht des „military-industrial complex“, vor dem Eisenhower bei seinem Abgang gewarnt hatte, zu strukturellen Änderungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft geführt hat, zeigt die Funktionsweise des „Warfare State“[2]). Bei jedem Anzeichen politischer Entspannung, jedesmal, wenn „die Russen eine versöhnliche Geste machen“[3]), droht in den USA die „Friedenspanik“ (der Fall oder Zusammenbruch der Börsenkurse). Die Konzentrationstendenzen der amerikanischen Rüstungsindustrie in Industriezweigen, Berufsgruppen und einzelnen Staaten machen große Teile der Bevölkerung direkt ökonomisch von der Rüstung abhängig. 12 bis 14 Millionen Arbeitsplätze sind an sie gebunden. In der Luftfahrtindustrie sind 456 000 Menschen beschäftigt, von den Aufträgen sind 95% Rüstungsaufträge [4]).

Da mehr als die Hälfte der Forschungsarbeiten (Research and Development) für die Rüstung geleistet werden, entscheidet sie über die Existenzbedingungen großer Teile von Berufsgruppen wie denen der Wissenschaftler und Ingenieure. Die jährlichen Lohnsummen im militärischen Sektor betragen das Doppelte derjenigen in der Automobilindustrie. „An der Bildung des Arbeitnehmereinkommens verschiedener Staaten der USA waren die wichtigsten Rüstüngsindustrien und die militärischen Dienststellen 1962 wie folgt beteiligt (in v. H.): USA insgesamt 6,3; Virginia 15,1; New Mexico 10,9; Utah 12,8; Washington 13,8; Kalifornien 11,6; Alaska 26,1; Hawaii 19,8.“[5]) Da die Oligopol- und Monopolbestrebungen gerade im Rüstungssektor sehr stark sind, kann man ermessen, was bei einer Umstellung der Kriegs- auf Friedensindustrie an Planung notwendig wäre, um eine große ökonomische Krise zu vermeiden.

Vilmar zeigt deutlich die gesellschaftlichen Konsequenzen dieser Art Wirtschaftsstruktur. Bis in die individualpsychologische Sphäre wird der Mensch der Rüstungsgesellschaft von dieser geprägt. Abgesehen von den machtpolitischen Möglichkeiten der interessierten Gruppen, ihre bornierten militär-strategischen Konzepte des Kalten Krieges unters Volk zu bringen und damit, je nach Belieben, Massenhysterie („McCarthyismus“) oder einfältige Gutgläubigkeit zu produzieren (was sich am Komplex des „Zivilschutzes“ auch für die Bundesrepublik deutlich zeigen läßt, bei dem die ökonomischen Interessen in geradezu frühkapitalistisch anmutender Form unverhüllt durchscheinen, und die Ideologie — so aufgeplustert sie sich gibt — kaum ausreicht, den notwendigen Rest an Glaubwürdigkeit zu bewahren); abgesehen auch davon, daß die Massenmedien diese Tendenz stärken: die für die Erhaltung des Systems notwendige Bewußtseinsstruktur schafft von einer anderen Seite die Voraussetzungen für die Verhinderung von Abrüstung und Entspannung. Solange sich das Verhältnis zu den „anderen“ in Freund-Feind-Kategorien äußert, solange der politische Stil sich „brutalisiert“ und der ständige „Verweis auf den äußeren Feind, demgegenüber Burgfriede und loyale Akzeptierung der bestehenden Herrschaft“[6]) Erfolg hat, so lange werden die an der Aufrechterhaltung der Rüstung interessierten Gruppen den Status quo perpetuieren können. Der Warfare State — mit seinem „triumvirate of force, secrecy and repression“[7]) — ist das System der Organisation der spätkapitalistischen Gesellschaft, wie der Kalte Krieg eines der Organisation der Welt und der internationalen Beziehungen. Die sozialen Widerstände gegen Abrüstung und Entspannung erhalten in diesem Zusammenhang ihren Stellenwert. Eine Analyse bisheriger Abrüstungsverhandlungen zeigt, daß die USA aus außen- und innenpolitischen Gründen kaum zu Konzessionen bereit waren. (Als die Russen im Mai 1955 die westlichen Vorschläge annahmen — „very unsportingly, as the West must have felt“ [8]) — nahm Eisenhower die westlichen Vorschläge zurück und ersetzte sie durch den Plan der „open skies“, der nur Inspektion, keine Abrüstung vorsah). Vilmar bezeichnet die bisherigen „Abrüstungsmaßnahmen“ mit Recht als „Schritte im Vorfeld“ der Abrüstung. Abrüstung und Entspannung sind keine „technischen Probleme“, „es handelt sich in Wirklichkeit um die Organisierung der Welt“ [9]), zu der die herrschenden Schichten der USA ganz offensichtlich nicht bereit sind.

Einige Bedenken wird man bei den Möglichkeiten anmelden müssen, die Vilmar zur Förderung von Abrüstung und zur Schaffung einer Entspannungspolitik nennt. Bei der Skizzierung einer Alternative zur Rüstungswirtschaft folgt Vilmar weitgehend dem Plan von Benoit, Boulding und ande-

ren [10]), der die technischen Bedingungen für eine Umstellung ohne Krisen (Depression, Massenarbeitslosigkeit) oder „Friedenspanik" durch rechtzeitige ökonomische Rahmenplanung entwickelt. Danach müßte „an die Stelle der Rüstung eine bedeutende Steigerung der Masseneinkommen, der wohlfahrtsstaatlichen Investitionen und der Entwicklungshilfe treten".[11]) Vilmar nennt diese Art Pläne (wie sie in den USA in großer Ausführlichkeit, mit Hilfe der Leontiefschen input-output-Analyse erarbeitet werden) „abstrakt, solange sie nicht die gesellschaftlichen Widerstände gegen eine solche wirtschaftliche Umstellung in vollem Umfang in sich aufgenommen und verarbeitet haben". [12]) Sering zeigt[13]), daß warfare economy und welfare economy keine einfachen Alternativen sind, da Produktion für den Massenkonsum das Risiko des Unternehmers höher hält als die „Produktion gesellschaftlich nutzloser Gegenstände für Rechnung des Staates". Wohlfahrtsplanung ist „nur durch direkte Hebung des Einkommensanteils der arbeitenden Schichten möglich, und das bedeutet automatisch Senkung des Einkommensanteils, der auf Kapitaleigentum beruht und dessen Quelle der kapitalistische Profit ist".[14]) „Zweifel am Entstehen profitabler Anlage- bzw. Realisierungsmöglichkeiten, Furcht vor einer Verschiebung der Volkseinkommens-Anteile zugunsten der breiten Masse, Furcht vor einer gesellschaftspolitischen Besserstellung (wachsender Bildung, stärkerem Selbstbewußtsein) der Abhängigen im Falle einer wohlfahrtsökonomischen Konjunkturpolitik veranlassen die wirtschaftlichen (und die mit ihr sympathisierenden politischen) Machtgruppen, einer solchen Wirtschaftspolitik skeptisch oder gar feindlich gegenüberzustehen." [15]) Vilmar hält einige der ökonomischen Argumente Serings für revisionsbedürftig und nennt eine Reihe von „Gemeinschaftsaufgaben", die vom Staat an Stelle der Rüstungsaufträge vergeben werden könnten (die Sanierung von Slums, Errichtung von Bildungsstätten, Entwicklungshilfe).[16]) Er kann allerdings die gesellschafts- und klassenpolitischen Implikationen Serings, daß nämlich konsequente Wohlfahrtsplanung die kapitalistische Wirtschaft an ihre Grenzen treibt, da sie droht, den Profit anzugreifen, nicht entkräften. Vilmar ist mit H. Th. Risse [17]) einig, daß diese Umstellung auf Friedenswirtschaft eine „Veränderung des kapitalistischen Systems" bedeutet: „aus dem bloßen ‚Anpassungsproblem' wäre das Problem einer sozialökonomischen ‚Revolution von oben' geworden". Die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft würden nicht länger „als Nebenprodukt der Reichtums- und Machtinteressen einzelner Gesellschaftsgruppen" befriedigt. „Haben daher die privilegierten Gruppen der kapitalistischen Gesellschaft mit Hilfe der Rüstung ihre Privilegien gewahrt, so könnte sich zeigen, daß die heute unterprivilegierten Gruppen mit Hilfe der Abrüstung jene Herrschaftsstrukturen abzubauen vermöchten."[18]) Schlicht: eine soziale Revolution allein könnte diese Änderungen, die ja strukturelle sind — also an den Nerv der

Ein interessanter und wichtiger Beitrag zu einem aktuellen Thema

Hochschule in der Demokratie

Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universität. Von Wolfgang Nitsch, Uta Gerhardt, Claus Offe, Ulrich K. Preuß unter Mitarbeit von Heinz Großmann und Peter Müller. 503 Seiten, kartoniert DM 25,—. Schriftenreihe „Schule in Staat und Gesellschaft".

Hier wird ein Kompendium aller Fragen gebracht, die in der Diskussion um die Hochschulreform auftauchen. Die angeführten Vorschläge sind sowohl auf historische Perspektiven als auch auf die gesellschaftliche Entwicklung abzielende Gründe gestützt.

Die Verfasser wenden sich im ersten Teil der Idee und Gestalt der klassischen deutschen Universität der Vergangenheit zu, kommen dann zur Charakterisierung des Übergangs der traditionellen Universität zu einem Forschungsapparat auf der einen Seite und Ausbildungsbetrieb auf der anderen, um dann Entwicklungstendenzen und Reformen der Hochschulorganisation darzustellen.

In dem zweiten Teil geht es um Wissenschaftsfreiheit und Demokratie, während der dritte Teil sich der Idee und Ideologie der Universität widmet.

Der vierte und letzte Teil über die Studentenschaft in Hochschule und Gesellschaft behandelt die sozialen Rechte der Studenten und das Recht und die Politik der Studentenvertretung. Der Anhang bringt in einem Exkurs „Frauen an der Universität" eine Bibliographie und ein Register der Reformanregungen.

Hermann Luchterhand Verlag GmbH
545 Neuwied, Postfach 369

kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehen —, erreichen. Sicherlich glauben weder Risse noch Vilmar ernsthaft daran, daß die Unternehmer „zum Wohle des Ganzen" den Arbeitern die Vollbeschäftigung, einen erhöhten Bildungsstandard, wesentlichen Einfluß auf die Wirtschaftsplanung — und damit beträchtliche politische Macht schenken werden. Woher also soll die Revolution „von oben" kommen? Und welche Kräfte sollen sie in der spätkapitalistischen Gesellschaft tragen? Das Beispiel der USA zeigt, daß die ökonomische und soziale Abhängigkeit vieler Arbeiter von der Rüstung und eine weitgehende Integration der Gewerkschaften ins System nicht gerade revolutionsfördernd wirken.

Vilmar führt für die USA die Kräfte auf, die sich mit Haut und Haar einer Umstellung auf Friedenswirtschaft — und damit der Entspannungspolitik widersetzen: aus Gründen der raison d'être: das Militär; aus wirtschaftlichen Gründen: die Rüstungsindustrie und die von ihr Abhängigen; aus politischen Gründen: die konservativen, mit den wirtschaftlich Herrschenden verbündeten Gruppen, Abgeordnete, die für pressure groups arbeiten oder Angst davor haben, den Wählern die stupende Alternative der Entspannung anzubieten. Hierher gehört auch, daß die deutsche Wiederaufrüstung keine „verteidigungspolitische Notwendigkeit im Kampf gegen die kommunistische Gefahr" war, sondern „wesentlich ein politisches Instrument, mit dem sich die restaurative Führung der Bundesrepublik . . . Gehör am Tisch der Siegermächte zu verschaffen suchte".[19]) Und hierher gehört das außenpolitisch relevante Argument, daß die Rüstung im Westen die des Ostens bedingt und daß eine Wachstumsverlangsamung der sowjetischen Wirtschaft diese schwächt.[20]) (Vilmar meint, daß es auch in der Sowjetunion abrüstungsfeindliche Kräfte gibt: ohne das Argument der „Bedrohung von außen" lassen sich autoritäre Maßnahmen weniger reibungslos durchsetzen.) [21])

An notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Abrüstungspolitik nennt Vilmar: „Parlamentsmehrheiten, die eine wirksame demokratische Kontrolle und Wohlfahrtsplanung der Wirtschaft, also den Abbau der kapitalistischen Vorherrschaft durchsetzen" und „eine öffentliche Meinung und politische Mehrheiten", die — dadurch, daß sie die Koexistenz ernst nehmen — zur „ideologisch-politische(n) Entspannung", zu Disengagement und Abrüstung beitragen. [22]) Zur Demokratisierungsmöglichkeit der Wirtschaft verweist Vilmar auf das DGB-Grundsatzprogramm mit seinen Forderungen der volkswirtschaftlichen Rahmenplanung, der Kontrolle wirtschaftlicher Macht und des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer. Der „dämonisierte Kommunismus" und der emotionale Antikommunismus — wesentliche ideologische Momente zur Erhaltung des spätkapitalistischen Systems — sollen durch „einen — sicher langfristigen — Prozeß sozialkritischer politischer Bewußtseinsbildung überwunden werden". Dazu sind Parlamentsmehrheiten nötig, die für eine „gründliche Demokratisierung, Sozialisierung und Planung unserer Gesellschaft" eintreten. „Friedenspolitik im Westen verwirklichen zu wollen ohne Demokratisierung des stark rüstungsinteressierten kapitalistischen Wirtschaftssystems, ohne Entmachtung der entspannungsfeindlichen Machteliten und ihrer politischen Exponenten: das heißt dem Bären den Pelz waschen zu wollen, ohne ihn naß zu machen." [23]) Das ist richtig. Aber vielleicht sollte man zum Schluß des Buches sich des Kräfteparallelogramms zu Beginn erinnern, in dem die entspannungswilligen, abrüstungsfreundlichen Kräfte es vermögen, die gesellschaftliche Entwicklung vom Status quo in ihrem Sinne zu verlagern. Vilmar bezeichnet diese Darstellung „vorerst noch (als) Utopie, jedoch eine reale, realisierbare Utopie".[24]) Man sollte ernstlich bedenken, ob die im Spätkapitalismus Mächtigen nicht eher bereit sind, ökonomische Krisen großen Stils oder vielleicht sogar eher das nukleare Desaster in Kauf zu nehmen, als zuzusehen, wie ihr System sich zu dem einer sozialen Demokratie wandelt. Auf diese G e f a h r jedenfalls muß mit Nachdruck verwiesen werden.[25])

Der Rekurs auf das DGB-Grundsatzprogramm reicht nicht aus, wenn gewerkschaftliche Politik in erheblichem Maße nur betriebs- und sozialpolitische Politik bleibt. Nur wenn die Gewerkschaften die Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlichen Engagements erkennen, das eine Entspannungs- und damit Friedenspolitik erst ermöglicht, werden die Voraussetzungen für eine Demokratisierung der Gesellschaft gegeben sein. Wenn gewerkschaftliche Publizistik und Bildungsarbeit — mindestens teilweise — den vorgegebenen Stereotypen (wie etwa dem Antikommunismus, den Vilmar zu den derzeitigen „Existenzbedingungen" des Spätkapitalismus zählt) verhaftet bleibt, unterstützt sie die Rüstungspolitik. Wenn gewerkschaftliche Politik sich beschränkt auf die Lösung von Problemen im nationalen Rahmen, wenn die Solidarität mit den unterprivilegierten Klassen fehlt — und das kann heute nur bedeuten: auch mit denen der sich emanzipierenden Nationen —, läßt sich Friedens- und Entspannungspolitik nicht verwirklichen. Solange die gewerkschaftliche und politische Interessenvertretung der Arbeiter so weitgehend ins System integriert ist, daß sie und die Arbeiter ihren nationalen Unternehmern näher stehen als den Unterdrückten in den Entwicklungsländern und den Schlächtern näher als den Opfern, solange also beispielsweise die krude Nachrichtenpolitik über Vietnam in der Bundesrepublik es vermag, eine „öffentliche Meinung" zugunsten der Völkermordpolitik der USA zu erzeugen (und schließlich hat die SPD zuerst Johnsons Plan zur Ausweitung der militärischen Operationen in Vietnam akklamiert), so lange bleiben die Berufung auf Parlamentsmehrheiten und die vielbeschworene „kritische öffentliche Meinung" vergleichsweise unverbindlich. Man muß es — für die Bundesrepublik — wohl einsehen: zum Abbau des Kalten-Kriegs-Denkens (soweit er überhaupt stattfand) haben Sputniks,

päpstliche Enzykliken, sowjetische Koexistenzpolitik, Kennedys Politik und das Verhalten Frankreichs mehr beigetragen als demokratische Bewußtseinsbildung durch die Gewerkschaften. Und bei den politischen Verhältnissen in diesem Lande wird man, ohne das Engagement im Sinne Vilmars zu vernachlässigen, für absehbare Zeit eher auf Druck von außen als auf Änderung von innen vertrauen müssen.

Hier sei noch auf einen wesentlichen Punkt hingewiesen, den Vilmar nicht aufnehmen konnte (ohne den Rahmen seiner Untersuchung zu überschreiten): die internationale politische Verflechtung, das weltweite politische Engagement der Großmächte — vor allem auch in den Entwicklungsländern —, die Rolle der nonaligned countries haben eine Situation geschaffen, die jeden Abrüstungs- und Entspannungsversuch tangiert. Ohne die Berücksichtigung dieser neuen internationalen Lage bleiben ökonomische und politische Alternativentwürfe zur Rüstungsgesellschaft abstrakt und damit falsch, sind allenfalls von technischem Interesse oder Zeugnisse von good will.. (In diese Kategorie von Entwürfen gehört die ergreifend schlichte Alternative: Rüstung — Entwicklungshilfe, die die Problematik nicht trifft. So gesehen genügen auch Flechtheims moralische Appelle im Vorwort zu Vilmars Buch nicht.) Man wird in dem Maße, in dem sich die ex-kolonialen Länder emanzipieren, immer mehr die internationale Situation mitdenken müssen, wenn man nationale Abrüstungs- und Entspannungsvorschläge macht, will man sich nicht dem Vorwurf des Unrealistischen aussetzen: der erwachende Nationalismus dieser Länder — mit der ihn begleitenden Rüstung; damit die Erhöhung der Gefahr lokaler Konflikte, deren Eskalation um so denkwürdiger ist, als die USA ganz ostentativ interveniert, wenn sich das internationale Verhältnis zu ihren Ungunsten zu verschieben droht.

Gewiß muß man Vilmars Vorschlägen zustimmen. Die Entspannung der internationalen Situation ist ohne Demokratisierung der kapitalistischen Nationalstaaten unmöglich. Man muß sich aber hüten, das Bild einer nicht länger existenten nationalen Autonomie zu beschwören. In einer Situation, in der schon der drohende Prestigeverlust einer Großmacht ausreicht, um sie in militärische Auseinandersetzungen zu verwickeln, wird die Beschränkung auf die Probleme des eigenen Landes nutzlos. Wirkliche Entspannungspolitik ist also immer gleichzeitig international orientierte Politik, sie vertritt das Allgemeininteresse gegen Partialinteressen, sei es im Kampf gegen den „Zivilschutz", gegen den Krieg in Vietnam oder für ein Disengagement in Europa.

Ursula Schmiederer

---

[1]) Fritz Vilmar, „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus", Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1965.
[2]) Fred J. Cook, „The Warfare State", New York 1962 — ein sehr empfehlenswertes Buch!
[3]) Vilmar, S. 68
[4]) a.a.O., S. 71
[5]) a.a.O., S. 72
[6]) a.a.O., S. 156/157
[7]) Cook, a.a.O., S. 147
[8]) Bernal, „World without War", S. 23
[9]) vgl. Perroux, „Feindliche Koexistenz?", Stuttgart 1961, S. 419
[10]) Benoit/Boulding (ed.), „Disarmament and the Economy", NY 1963
[11]) Vilmar, a.a.O., S. 209; [12]) a.a.O.
[13]) Paul Sering, „Jenseits des Kapitalismus", Nürnberg 1948
[14]) vgl. Vilmar, a.a.O., S. 212
[15]) a.a.O., S. 213
[16]) a.a.O., S. 216
[17]) in: „atomzeitalter" 5/64 (vgl. Vilmar, S. 219); die Aufsätze von Risse (in den Nummern 3, 5 und 11/1964) über „Kapitalismus und Abrüstung" sind zum Thema sehr wichtig!
[18]) vgl. Vilmar, a.a.O., S. 219 u. 220
[19]) a.a.O., S. 243
[20]) a.a.O., S. 235
[21]) vgl. a.a.O., S. 256; vgl. auch Herbert Marcuse, „Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus", Neuwied 1964, z. B. S. 164/165 und 178/179 — et passim
[22]) Vilmar, a.a.O., S. 260
[23]) a.a.O., S. 265
[24]) a.a.O., S. 12
[25]) vgl. dazu C. W. Mills, „Politik ohne Verantwortung", München 1959, und Cook, „The Warfare State", a.a.O.

Eine Welt oder keine?

Ossip K. Flechtheim, EINE WELT ODER KEINE? Beiträge zur Politik, Politologie und Philosophie. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt (res novae Bd. 32), 1964; 266 S.

„Sozialismus oder Barbarei!" ist der Tenor der in diesem Band versammelten Aufsätze des Verfassers. In einer „Epoche des Übergangs und der Krise par excellence", in der die nicht aufzuhaltende „Zwangsläufigkeit der wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Dynamik den Status quo von Gesellschaft und Kultur immer neu in Frage stellt, akzeptieren die Menschen die geschichtlich-gesellschaftlichen Grundlagen der alten Ordnung noch weitgehend. Als „kleinen Hoffnungsstrahl" nennt F. das Hervortreten einer dritten Kraft rationaler und „gewaltloser" Politik, deren unmittelbares Ziel es sei, den Frieden und das Überleben der Menschheit zu sichern. Das Schaffen einer „einheitlichen Weltgesellschaft" erhebt der Verfasser zur dringendsten Tagesforderung, ohne allerdings die daran anknüpfenden Fragen zu stellen und zu beantworten: erstens wer in den einzelnen Ländern, insbesondere in den westlichen Staaten, diese dritte Kraft wie bilden soll und kann; zweitens die Frage ihrer strategischen Konzeption, die von der konkreten Situation her die sozialen, psychologischen und politischen Voraussetzungen der Gewaltpolitik und damit Hindernisse vor „einer" — friedlichen — Welt zu überwinden ansetzt und mehr ist als ein im platten Sinne „utopischer", unwirksamer Pazifismus.

Bei seinen Überlegungen über Begriff und Chancen der Revolution entwickelt der Verfasser als zentrale — unmittelbar praktische — Kategorie die „revolution by consent" (nach Laski), in der der Mensch rational versucht, auf der

Grundlage der technisch-organisatorischen Entwicklung eine neue, humanere Kultur zu verwirklichen — mittels einer Politik der „Gewaltlosigkeit" („Die Politik der Gewalt und der ‚Gewaltlosigkeit'"). Damit wird zwar der Begriffsinhalt der Demokratie wieder materiell bestimmt, nämlich Demokratie als Möglichkeit radikaler Strukturreformen auf verfassungsgemäßem, friedlichem Weg. Aber diese Konzeption eines rationalistischen Pluralismus der Toleranz steht in krassem Widerspruch zu der gesellschaftlichen Wirklichkeit, wie sie F. selbst darstellt, und bleibt daher abstraktes Wunschdenken: In seiner heute konkret bestehenden Umwelt handelt „der Mensch" nicht (letztlich) rational, kann er nicht rational handeln. Denn wenn auch die politischen Institutionen der Gegenwart als Form für eine friedliche, legale Änderung des Status quo auf der Grundlage eines Prozesses der politischen Rationalisierung offen sind, so ist dieser Prozeß — mit des Verfassers eigenen Worten — angesichts der „sehr handfesten Tatsache einer weitreichenden Entdemokratisierung" zur Zeit höchstens eine „theoretische" Möglichkeit und hat in der Verfassungswirklichkeit noch nicht begonnen —, wenngleich er auf Grund der Entwicklung in den objektiven Voraussetzungen der sozialen und ökonomischen Strukturen eingeleitet werden könnte. Dies wird allerdings nicht (allein) von einer — von F. dazu berufenen — „demokratischen Elite" („Das Dilemma der Demokratie"), etwa den aufrichtig liberal-demokratischen Kräften des Bürgertums, bewirkt werden können, sondern kann sich nur über die soziale Revolution auf breitester Grundlage vollziehen. Denn entgegen F.s Ansicht hat sich trotz Anwachsens der Mittelschichten das soziale Potential der Revolution im Westen nicht verringert, dafür aber in sich verändert: dieser Realität wird die bloße Feststellung von einer Institutionalisierung und Integrierung der Arbeiterorganisationen nicht gerecht, weil die mit der ambivalenten „Integration" verbundenen Chancen übersehen werden.

Schonungslos kritisiert der Verfasser Sozialismus und Kommunismus in ihrem heutigen Zustand, sie messend an ihrem ursprünglichen „Beruf" zur Vereinheitlichung der Welt. Bei seinen eingehenden Betrachtungen über den kommunistischen Internationalismus als Tendenz zu einer einheitlichen Welt mit neuer Gesellschaftsordnung („Der Weg der KPD 1918—1933", „Die Internationale des Kommunismus 1917 bis 1957" und „Der Weltkommunismus in der Krise") stellt er zu Recht fest, daß der kommunistische Internationalismus insoweit erfolglos geblieben ist und heute in seinem Partikularismus — entgegen einer Vereinheitlichung — eher zur Polarisierung der Welt beiträgt. Angesichts der Erkenntnis, daß wir zu wenig über Stärke und Entwicklungsmöglichkeiten des Kommunismus wissen, enttäuscht das Stehenbleiben bei den nicht weiter ausgeführten Thesen vom „Staatskapitalismus" im Ostblock und von einer eher zerstörerischen Wirkung des Kommunismus, weil diese Schlagworte nichts erklären. Wenn F. in der „Nachfolge" Rosa Luxemburgs einen humanistischen Sozialismus „erneuern" will, der „das bestehende System der wirtschaftlich-sozialen Ungleichheit, der imperialistischen Kolonialpolitik und der nationalstaatlichen Souveränität abbauen" soll („Sozialistischer Humanismus — Eine dritte Position?" und „Der Sozialismus zwischen Skylla und Charibdis"), bleibt diese idealistische Forderung wegen der fehlenden strategischen Vorstellungen, die sie praktisch wirksam werden ließen, in der Sphäre des „reinen" Bekenntnisses. Immerhin ist das von F. geforderte „Zukunftsdenken", sein „futurologisches Leitmotiv" der Zukunftsbewältigung („Politik, Politologie und Philosophie" und „Utopie, Gegenutopie und Futurologie") Vorbedingung und Ansatzpunkt für die Erneuerung sozialistischer Praxis. Entsprechend dem utopischen Verlangen nach der Einheit von Theorie und Praxis wird Politik fruchtbar als „Kunst des Unmöglichen", uns aufgegeben als stets Streben nach der Utopie, die in kritischer Auseinandersetzung mit dem bestehenden soziokulturellen System die rationalen und produktiven Möglichkeiten des Menschen verteidigt.

Reinhard Hoffmann

Zeitschriftenhinweise

Als Sonderdruck der „Blätter für deutsche und internationale Politik" 9/65 erschien von Reinhard Opitz: „Der große Plan der CDU: die ‚Formierte Gesellschaft'". Die sehr eingehende Analyse gibt Auskunft über die politische Gesamtkonzeption der CDU, soweit sie bisher bekannt geworden ist, und zeigt deren Konsequenzen für die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik auf. „Der Formierungsplan liegt auf dem Tisch, er bedroht die Gewerkschaften und die gesamte demokratische Öffentlichkeit, die Verbände und alle Parteien, die sich der pluralistischen Demokratie verbunden wissen, gleichermaßen." Hans Heinz Holz kommentiert die Regierungserklärung Erhards in den „Blättern für deutsche und internationale Politik" 11/65: „Entscheidende Jahre". Im selben Heft gibt Arno Klönne, ausgehend von der neu entstandenen Mitbestimmungsdiskussion, einen historischen Überblick über die Konzeptionen der Mitbestimmung seit 1945: „Wirtschaftsdemokratie als Alternative", Teil I. Zu dem gleichen Thema schreibt Alfred Horné in „werkhefte" 11/65: „Mitbestimmung wieder auf der politischen Tagesordnung". In einem Aufsatz „Angestellte im technischen Fortschritt" in „atomzeitalter" 11/65 diskutiert Hans Paul Bahrdt die verschiedenartigen Auswirkungen technischen Fortschritts auf die Situation der Angestellten und die damit verbundenen „Schwierigkeiten für eine kollektive Bewußtseinsbildung der Angestelltenschaft im Hinblick auf Technik und Beruf". In „atomzeitalter" 10/65 ist der

Vortrag von H. P. Bahrdt über „Berufsstruktur und technischer Fortschritt“ von der Automationstagung der IG Metall in Oberhausen abgedruckt. In den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ 12/65 berichtet Carola Möller aus ihrer empirischen Untersuchung über die Arbeitssituation ungelernter Jungarbeiterinnen: „Von der Schule in die Fabrik“. In einem Beitrag „Studienfinanzierung durch Studienhonorar“ in den „Frankfurter Heften“ 12/65 plädierte Hilde Vogel für die Einführung eines Studienhonorars, dessen „bildungspolitischer Wert... nur im Zusammenhang mit der gesamten Schul- und Hochschulreform gesehen werden (kann), die dafür zu sorgen hat, daß der Zugang zu den Universitäten für Kinder der unteren Schichten nicht länger durch Barrieren versperrt bleibt, die in der Schulstruktur genauso begründet liegen wie in finanziellen Schwierigkeiten“. Über die Situation der japanischen Studentenbewegung, den relativen Rechtsrutsch durch den Übergang der Führung auf den gemäßigten, der KP affilierten Demokratischen Jugendbund und das Ende des „klassischen Zengakuren“ berichtet J. E. Seiffert in seinem Aufsatz: „Der Bewußtseinsverfall durch KP und Wohlstand — Der Vorgang in Japan“ in den „Frankfurter Heften“ 10/65.

Alfred Frisch schreibt über die problematische Situation der französischen Gewerkschaften: „Französische Gewerkschaften in der Stagnation“ in „atomzeitalter“ 10/65.

Michael Vester diskutiert in „werkhefte“ 12/65 Bedingungen, unter denen die SPD möglicherweise einen Wahlsieg erringen könnte: „Eine Alternative für die SPD“. „Die neue Gesellschaft“ 1/66 enthält einen Aufsatz von Ekkehart Krippendorff: „Ende des Parteienstaates?“ Krippendorff vertritt die These, daß, unter den heutigen Voraussetzungen der möglichen Vermeidung schwerer gesellschaftlicher Krisen durch die amtierenden Regierungen, es die einzig mögliche Politik für eine Oppositionspartei — ohne sich die eigene Existenzgrundlage zu nehmen — ist, den Nachweis zu führen, „daß die Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen oder -klassen de facto relativ benachteiligt sind, daß dieses im Gesellschaftssystem als solchem liegt und darum prinzipiell nicht anders denn durch dessen Änderung aufgehoben werden kann“. Unter den zahlreichen Kommentaren zur Bundestagswahl sei hier nur auf die beiden ausführlichen von Wolfgang Abendroth in „Stimme der Gemeinde“ 20/65: „Die akklamierte Stagnation“ und von Hans Heinz Holz in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ 10/65: „Deutsche Politik nach der Bundestagswahl“ hingewiesen. Im gleichen Heft der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ schreibt Josef Oertgen einen informativen Artikel über die „Entwicklungspolitik aus Bonn“.

Im Novemberheft 1965 des „Monthly Review“ erschien ein Bericht von L. F. de la Puente Uceda, der inzwischen im Guerillakampf umgekommen ist, über die Situation in Peru und die Entwicklung des „Peruvian Movement of the Revolutionary Left (MIR)“: „The Peruvian Revolution: Concepts and Perspectives“. Über die Situation in Venezuela schreiben im selben Heft James D. Cockcroft und Eduardo Vicente: „Venezuela and the FALN since Leoni“. Im Dezemberheft des „Monthly Review“ ist eine sehr eingehende Analyse Brasiliens von Ruy Mauro Marini veröffentlicht. „Brazilian ‚Interdependence‘ and Imperialist Integration“. Der Autor stellt dar, wie Brasilien unter dem Branco-Regime aktiv mit der imperialistischen Expansion der USA kollaboriert, um dadurch eine Schlüsselposition in Südamerika einzunehmen.

In „atomzeitalter“ 11/65 referiert Jeromy J. Stone die verschiedenen Argumente in der Diskussion über das Anti-Raketen-Raketen-System für die USA: „Die Zähmung des Rüstungswettlaufs“. Im Dezemberheft des „atomzeitalter“ schreiben Rainer Waterkamp über „Wandlungen der sowjetischen Abrüstungsstrategie“ und Boris Lewitzkyj über „Die sowjetische Wirtschaftsreform“. Im gleichen Heft sind Alexander Mitscherlichs „Thesen zum Städtebau“ veröffentlicht. In der ebenfalls abgedruckten Diskussion über seine Thesen, an der H. P. Bahrdt, W. Hebebrand, R. Hillebrecht, O.-M. Ungers, A. Mitscherlich und P. Brückner teilnahmen, wird deutlich, daß ohne gesellschaftspolitische Änderungen, z. B. in der Steuergesetzgebung oder auch in der Eigentumspolitik, sinnvoller Städtebau kaum möglich ist.

Aus dem ersten Heft der neuen Zeitschrift „kürbiskern“ 1/65 möchten wir besonders auf die sehr lesenswerte kritische Analyse des Arbeiterromans „Honigkotten“ in: Friedrich Hitzer — Werner Bräuning: „Briefwechsel, die neueste Literatur betreffend“ hinweisen. In „kürbiskern“ 1/66 schreibt Andrè Müller über die Krise der Ruhrfestspiele: „Was soll aus den Ruhrfestspielen werden?“; im gleichen Heft setzt sich Jakob Mader mit Enzensbergers Aufsatz „Europäische Peripherie“ aus Kursbuch II auseinander: „Peripheres Europa?“. Das Oktoberheft der „alternative“, Nr. 44, ist dem diesjährigen Kongreß des PEN-Club in Bled, Jugoslawien, gewidmet. Es enthält außerdem eine Rede Ernst Tollers auf dem PEN-Kongreß in Ragusa aus dem Jahr 1933. Im „Merkur“, Nr. 213, ist die Antrittsvorlesung von J. Habermas: „Erkenntnis und Interesse“ veröffentlicht.

In den „Frankfurter Heften“ 12/65 erschien die „Replik des Rechtsanwalts Henry Ormond im Auschwitz-Prozeß“, außerdem von Eugen Kogon ein Kommentar: „Nach dem Urteil“.

X. R.

Bürokraten ohne Apparat

Heribert Adam, Studentenschaft und Hochschule. Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 17), Europäische Verlagsanstalt Frankfurt/Main, 1965, 135 S.

173 Studentenvertreter von allen wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik und zehn Professoren beantworteten 1961/62 die Fragen des Frankfurter Instituts zur studentischen Selbstverwaltung, die Heribert Adam in seiner kürzlich erschienenen Dissertation nun interpretiert. Gegenstand der Untersuchung ist die Praxis dieser Selbstverwaltung; erklärt werden soll das Desinteresse der Studentenschaft an ihrer eigenen Vertretung. Durch die Befragung ihrer gewählten Repräsentanten konnte aber anderseits Aufschluß über das Vorhandensein einer weitverbreiteten Opposition erwartet werden, die lokale Konflikte und die gerade damals sehr lebhafte Diskussion im Verband Deutscher Studentenschaften über das „politische Mandat" der Studentenschaft vermuten ließen.

Sollten solche Befürchtungen oder Hoffnungen bestanden haben, so gibt diese Studie dafür keinerlei Anhaltspunkte; das Material bestätigt eher die These von der fortschreitenden Entpolitisierung der Studentenschaft am Beispiel ihrer Vertreter.

Adam sieht die Gründe dafür in der objektiven Situation der Studierenden an der Hochschule und in „gesellschaftlichen Tendenzen, von denen die Hochschule nicht ausgenommen ist" (3). Deutlicher noch heißt es später: „Im Gefolge einer restaurierten Nachkriegsgesellschaft wurde die Studentenschaft schon frühzeitig von außen im Sinne einer unpolitischen Haltung beeinflußt" (73). An den Auseinandersetzungen innerhalb der Universität um die Hochschulreform und den Reaktionen der verfaßten Studentenschaft auf politische Ereignisse wird die Entwicklung zur immer größeren Integration verfolgt. Auch die Versuche, durch Studentenschaftsgesetze oder eine studentische Gewerkschaft die Misere, die nicht nur die der Hochschule ist, ändern zu wollen, muß Adam auf Grund seiner Analyse für fruchtlos halten.

Die Fremdbestimmung der studentischen Selbstverwaltung nach 1945 beginnt mit ihrer Gründung, als sie den Universitäten von den Alliierten als Instrument der reeducation aufgezwungen wird. Trotzdem sind schon damals ihre formalen Rechte geringer als in der Weimarer Republik. Die kurzfristige soziale (und nationale?) Interessenkonformität der Hochschulangehörigen, die als Autonomie der Hochschule hypostasiert bis heute noch die Auflösung sinnlos gewordener studentischer Selbstverwaltungsbürokratien verhindert hat, verdeckte die Etablierung der alten hierarchischen Strukturen, die auf Dauer das Resultat von künftigen Interessenkonflikten vorentschied. Sofern hochschulreformerische Impulse wie an der FU Berlin auch institutionell ihren Niederschlag gefunden hatten, stagnierten sie; die jüngsten Krisen an dieser Universität sind nur Symptom für die Gefährdung auch dieser bescheidenen Rechte.

Der frühzeitige mehr oder weniger zwangsläufige, wenn vielleicht auch unbewußte Verzicht auf die Hochschulreform eröffnete den Studentenvertretern andere Felder zur Bestätigung ihrer Daseinsberechtigung. Sie sind nur zu einem ganz geringen Teil konzeptioneller Art (Studienreform, Reform des Bildungswesens), sondern betreffen vor allem soziale und juristische Fragen. Diese Dinge haben nun, wenn sie auch in ihren praktischen Auswirkungen vorläufig genug waren, einen Sinn auf den höheren Ebenen der Organisation, die zu Verhandlungen mit staatlichen Instanzen berechtigt sind. Wahrscheinlich ist wegen dieser realen Möglichkeiten die Spitze des Verbandes doch immer noch viel politischer als ihre Basis, obwohl auch ein progressiver VDS-Vorstand sein „politisches Mandat" bürokratisch begründete und juristisch zu legitimieren suchte, anstatt es extensiv wahrzunehmen. Anerkannt wurde dieses Mandat aber nicht einmal von der eigenen Basis der Organisation, die seit Jahr und Tag ihrem Dachverband eine eigene Zeitung verweigert und neuerdings mit völlig unpolitischen Begründungen diesen Verband sogar verläßt. Freilich, wie Adam feststellt, hat diese Basis auch fast keine eigenen Funktionen: In der akademischen Selbstverwaltung sind die örtlichen Studentenvertreter geduldet, in ihren eigenen Selbsthilfeorganisationen, den Studentenwerken, im Grunde jeder faktischen Kontrollmöglichkeit enthoben. Die Attraktivität von solchen Posten ist schon aus diesem Grunde entsprechend gering, die Auslese der Kandidaten negativ. Der abstrakte Wahlmodus erlaubt keine Auswahl nach fachlichen Qualifikationen (im Studium), die Zugehörigkeit zu studentischen Gruppen wird meistens verschleiert. In diesem Bereich sind die Studentenvertreter Funktionäre ohne Funktionen: Sie übernehmen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen dilettantisch Verhaltensweisen, ohne sie an adäquaten Gegenständen anwenden zu können.

Diese Studie über die Mentalität von Studentenvertretern ist aufschlußreich, weil sie für den unpolitischen karriereorientierten Studenten sicher „repräsentativer" sind als etwa die aktive Minderheit der politischen Studentengruppen. Als Untersuchungsgegenstand für die Feststellung von politischem Bewußtsein sind sie eher ungeeignet, betreten sie doch die Universität, wie Adam zitiert, „nur noch zu Gesprächen mit Rektor und Senat" (10). Kann man auch nicht erwarten, daß sich Studenten stark von anderen Jugendlichen unterscheiden, so erlauben doch gerade Gegenstand und Arbeitsmethoden der Hochschule, der Widerspruch zwischen einer feudalen Organisationsstruktur und den Anforderungen rationeller Produktionsweisen die Annahme von modifizierten Ergebnissen.

K. M.

FRANKFURTER HEFTE Zeitschrift für Kultur und Politik

Themen des Jahrgangs 1965

Eugen Kogon: Der Streit um die Rolle unserer politischen Strafjustiz ■ Ludwig Mannheimer: Kalter Frieden zwischen den zwei deutschen Staaten? ■ Hans-Albert Walter: Die Illustrierten-Schizophrenie als journalistisches Prinzip ■ Walter Dirks: Die Kirche greift ein — Drei 1965er Modelle politischer Warnungen ■ Egbert Höflich: Ideologien in der Kirche ■ Heinz Abosch: Der Vietnam-Krieg / Ursachen und Perspektiven ■ Friedrich Baerwald: Der Feldzug gegen die Armut in den USA ■ Nicolaus Sombart: Patriotische Betrachtungen über die geistesgeschichtliche Bedeutung von Ernst Jüngers „Arbeiter" ■ Eugen Kogon: Der Rassenwahn — Relikt oder fortdauernde Drohung? ■ Monika Plessner: Richard Wright, Vorkämpfer der zweiten amerikanischen Revolution ■ Friedhelm Baukloh: Wandlungen in der SPD? ■ Karl Kaiser: Die deutsche Frage — rekapituliert ■ Henry Ormond: Replik im Auschwitz-Prozeß

Die Frankfurter Hefte, im XXI. Jahrgang von Walter Dirks und Eugen Kogon herausgegeben, erscheinen monatlich. Preis des Einzelhefts DM 3,50. Im Abonnement DM 37,—. Für Studenten DM 28,—. Die Frankfurter Hefte sind durch die Post, vom Buchhandel und direkt von der Auslieferung der Frankfurter Hefte, 78 Freiburg/Breisgau, Erwinstraße 60, zu beziehen.

Redaktion: 6 Frankfurt am Main
Leipziger Straße 17, Telefon 77 83 09

Probehefte auf Anforderung.

Auf gewaltige Veränderungen, neue Ideen und wichtige Vorhaben aller Nationen vorausschauend, versuchen in diesem Sonderband hundert Wissenschaftler und Techniker aus fünf Kontinenten sachlich begründete und doch phantasievolle Prognosen für das Jahr 1985 aufzustellen.

UNSERE WELT 1985

Sonderband der Sammlung »Modelle für eine neue Welt«. Umfang 480 Seiten. Format 15 × 23,5 cm. Leinen DM 28,–

»Perspektiven über Perspektiven, die wahrhaftig ein ungeheuerliches Bild – dabei ein unpathetisches, vernünftiges – von den zukünftigen Möglichkeiten des Menschen ergeben. Ein Entwurf, der um vieles reicher erscheint, als es je die philosophische Utopie, die dichterische Vision der Literatur sein könnte. So entstand ein Panorama von einer Weite, Vollständigkeit und Übersichtlichkeit, das nichts seinesgleichen hat. Sehr günstig ist es, daß kaum ein Text den fast normhaften Umfang von zwei bis drei Seiten überzieht. Es sind tatsächlich Antworten, knappe Skizzen – und keine Pseudo-Essays, keine lyrischen Halluzinationen.« Heinz von Cramer in »Die Zeit«, Hamburg

Weitere Werke der Sammlung „Modelle für eine neue Welt"

DER GRIFF NACH DER ZUKUNFT
Planen und Freiheit. Umfang 528 Seiten. Leinen DM 24,–

WEGE INS NEUE JAHRTAUSEND
Wettkampf der Planungen in Ost und West. 568 Seiten. Leinen DM 24,–

DEUTSCHLAND OHNE KONZEPTION?
Am Beginn einer neuen Epoche. 528 Seiten. Leinen DM 24,–

Verlag Kurt Desch · München

JOEL CARMICHAEL

Leben und Tod des Jesus von Nazareth

Ein junger amerikanischer Historiker und Orientalist stellt die Geschichte des Propheten Jesus dar, dessen Hoffnung auf ein Reich Gottes gescheitert war und der daraufhin durch eine gewaltsame Aktion das neue Reich herbeizuführen versuchte. Er wurde als Aufrührer gegen die römische Besatzungsmacht verurteilt, die jüdischen Widersacher spielten dabei nur eine Nebenrolle.

288 Seiten, Leinen, 19,80 DM

ALLEN WHEELS

Wer wir sind und was uns bleibt

Der Mensch von gestern in der Welt von morgen

Dichterisch gestaltete Erzählung wechselt ab mit soziologischer und psychologischer Deutung. Es geht um die Geschichte einer Jugend und um die Wandlungen, die vom Menschen unserer Tage in einer sich immer rascher wandelnden Welt gefordert werden: um den Verlust der bisherigen und um die Suche nach einer neuen Identität.

286 Seiten, Leinen, 22,50 DM

GUSTAV BYCHOWSKI

Diktatoren

Mit einem Vorwort von Alexander Mitscherlich

Der Psychoanalytiker Gustav Bychowski analysiert nicht nur, was einen Diktator ausmacht, sondern auch, was die Massen dazu bringt, sich von einem Diktator verführen zu lassen. Die wichtigsten Kapitel befassen sich mit Hitler und Stalin und versuchen erstmals, auf Grund heute vorliegender Unterlagen detaillierte Charakterbilder der beiden Diktatoren zu zeichnen.

288 Seiten, Leinen, 24,– DM

JAHRBUCH FÜR KRITISCHE AUFKLÄRUNG 1965

Club Voltaire II

Herausgegeben von Gerhard Szczesny

„Wer immer sich über die durchaus unterschiedlichen Grundpositionen kritischen Denkens in der Bundesrepublik orientieren will, wird in diesem Jahrbuch wertvolle Hilfe finden."

Norddeutscher Rundfunk, Hannover

400 Seiten, Leinen, 19,80 DM, ab 1. Febr. 22,50 DM